

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 104 SONNTAG, 9. Juni 1935

Aus dem Inhalt:
Das Dritte Reich in Polen
Spekulanten in der Politik
Das System fürchtet Streiks
Göring als Waffenhändler

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Die Arbeiterschaft erwacht

Wie es in Bayern aussieht — Drei Tage Streik — Mißstimmung im Mittelstand

Aus München wird uns berichtet:
In der Arbeiterschaft ist wie im Vormonat eine wachsende Tendenz zum Kampf um bessere Arbeitsbedingungen zu spüren. Die Arbeitsfront erweckt kein Interesse mehr, dafür aber zeigen sich ganz primitive Versuche der Selbsthilfe.

Erregte Szenen

Die Diskussionen in den Betriebsversammlungen nehmen an Offenheit zu. So teilt ein Beobachter aus einer größeren bayrischen Provinzstadt mit, daß es in der Betriebsversammlung eines Metallbetriebes zu erregten Szenen kam, als ein Arbeiter auf die Rechtlosigkeit der Belegschaft hinwies. Er erntete mit seinen Angriffen spontanen Beifall. Der Vertreter der Arbeitsfront konnte sich nicht anders helfen, als den Sprecher ernstlich zu verwarnen und ihm anzudrohen, daß er in Dachau landen würde, wenn er durch derartige hetzerische Angriffe das gute Einvernehmen zwischen Belegschaft und Betriebsführung zu stören suche. Darauf schrie ein Arbeiter aus der Versammlung:

»Sperrt uns alle nach Dachau, dann ist a Ruh!«

Diesem Zwischenruf folgte allgemeiner Beifall. Man erwartete, daß der Zwischenrufer verhaftet würde, was aber nicht der Fall war.

Drei Tage Streik

Von einem dreitägigen Streik wird aus Frauenau berichtet. Die Freih. von Poschingersche Kristallglasfabrik hat zirka 400 Mann Belegschaft. Dort verdient ein Glasschleifer (Kugler) bei 48 Arbeitsstunden 10 bis 13 Mark. Seit dem Ansteigen der Lebensmittelpreise hat sich der Reallohn weiter erniedrigt. Die Not der Arbeiter nahm erschreckende Formen an. Verhandlungen mit der Betriebsführung um Erhöhung des Akkordsatzes wurden abgelehnt. Es sei bemerkt, daß bereits vor zwei Jahren der damalige Minister Esser dem Werke einen Besuch abstattete und den Arbeitern Hilfe versprach. Damals hat er mit Poschinger scharfe Worte gewechselt. Die Arbeiter hatten auf die Hilfe Essers gehofft, doch vergeblich. Um die Not der Arbeiter ganz zu begreifen, muß man wissen, daß sie bei ihren niederen Löhnen größtenteils so weit von der Fabrik entfernt wohnen, daß sie nur an Sonntagen heimfahren können. So hat die Fabriksleitung Schlafbaracken gebaut, die in einem fürchterlichen Zustand sind. Die Arbeiter schlafen auf ganz gewöhnlichem Strohlager. Seit Jahrzehnten leiden die Menschen dieses Los und viele von ihnen hofften auf die rettende Tat der neuen Macht in Deutschland. Heute aber sind die Zustände so schlecht geworden, daß sie in der Vergangenheit keine Parallele mehr haben. Die Arbeitsfront ist diesen Verhältnissen gegenüber ohnmächtig. Letzte Verhandlungen mit Poschinger haben sich wiederum zer schlagen, daraufhin hat der Großteil der Kugler die Arbeit eingestellt. Es sprach zwar niemand von Streik, aber jeder wußte, daß es einer war.

Die Vertrauensräte teilten Poschinger mit, daß es den Arbeitern wegen Geldmangel nicht mehr möglich sei, in die Arbeit zu kommen, da sie nichts mehr zu essen haben.

Die Arbeitsfront hat daraufhin eine Sammlung in der ganzen Gegend eingeleitet, zu der von höherer Stelle Zuschüsse gegeben wurden. Die Arbeiter erhielten kleine Unterstützungsbeiträge bis zu 10 Mark und Lebensmittel. Nach drei Tagen wurde die

Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Eine Maßregelung oder Verhaftung ist nicht erfolgt. Die Vertreter der Arbeitsfront zeigten sich ratlos. In der Belegschaft dauert die Erregung an. Es gibt keinen Arbeiter mehr, der das Regime zu verteidigen wagte, selbst SA-Leute äußern in schärfster Form ihre Erbitterung. In der Presse erschien über den Vorgang nur eine kleine Notiz, die folgenden Wortlaut hatte: »Nationalsozialismus der Tat. Die Glasschleifer der Freih. von Poschingerschen Kristallglasfabrik Frauenau verdienen in der letzten Lohnwoche derart wenig, daß der Verdienst einfach nicht zum Leben ausreichte. Um den Arbeitskameraden über diese schweren Tage hinwegzuhelfen, veranstalteten die Glasmacher eine Sammlung, die einen schönen Betrag brachte und den bedürftigen Kameraden überreicht wurde.«

Offene Kritik

Aus einem Zeitungsbetrieb geht folgender Bericht ein: Die Stimmung unter den im Betriebe tätigen Setzern ist seit einigen Monaten ganz umgeschlagen. Nach der Machtergreifung habe ich als alter Gewerkschaftler oft Kritik an der Regierung gelübt. Unter meinen Kollegen haben sich nur drei zu mir bekannt, allerdings auch nicht vor den anderen. Die übrigen haben sich gleichgeschaltet, fünf gingen zur SA. Von meinen nationalsozialistischen Kollegen wurde ich immer gewarnt, mich nicht so offen gegen die Regierung zu äußern. Aus meiner früheren Stellung in der Belegschaft hatte ich noch eine gewisse Achtung gerettet, so daß ich nie zu Schaden kam. Was mich nun in Erstaunen versetzt, ist die Tatsache, daß ich heute meine Kollegen warnen muß, ihre kritische Stimmung nicht so laut und offen zu äußern. Ich brauche nichts mehr zu sagen und höre nur mit innerer Freude zu. In der Redaktion kennt man diese Stimmung, aber niemand sagt dazu ein Wort. Diese Vorgänge erfüllen mich mit großer Zuversicht. Die Zeit ist nicht mehr ferne, wo diese Menschen reif werden für den Kampf.

Mißstimmung im Mittelstand

Wie immer wird berichtet, daß es besonders die Geschäftswelt ist, die ihren Unmut über die ungeheuren Lasten, die durch Steuer- und Preisdiktat auferlegt werden, zum Ausdruck bringt. Besonders geklagt wird über die rücksichtslose Steuereintreibung, die zu großen Härten und schwerer Schädigung führt. Wie aus München berichtet wird, hat man in den letzten Wochen und Monaten besonders streng darauf gesehen, wenn sich Gewerbetreibende und Geschäftsleute in kleinen Zirkeln zur Besprechung ihrer Lage zusammenfinden.

Alles ist in den Zwangsinnungen vereinigt. Dort wird Versammlungszwang ausgeübt. Eine wirkliche Besprechung der Sorgen und Nöte der Geschäftswelt ist in diesen Versammlungen nicht möglich. Aus einer bayerischen Stadt wird z. B. berichtet, daß sich eine Anzahl Gastwirte in einem Nebenzimmer zur Besprechung über die Bierpreisfrage zusammengefunden haben. Man wollte sich über die möglichen Schritte unterhalten. Da erschien die Polizei und verhaftete vier Teilnehmer, nachdem sie die Personalien aller anderen Anwesenden festgestellt hatte. Zwei Personen wurden nach Dachau gebracht. Dieses strenge Vorgehen erregt verständliche Empörung unter der Geschäftswelt.

Die Zwangsinnungen gehen rücksichtslos mit der Einkassierung der Beiträge vor. So erhielt z. B. ein Gewerbetreibender von sei-

ner Innung eine Zuschrift, daß er innerhalb 14 Tagen einen Beitrag von 8 Mk. zu leisten habe, im Nichteinbringungsfalle hätte er Zwangseinziehung zu erwarten. Der Mann hatte keine andere Zuschrift seiner Innung vorher erhalten, es wurde ihm weder eine Mitgliedskarte noch Satzungen zugestellt. Solche Vorfälle erregen zwar scharfe Kritik, aber bezahlt wird doch.

Protest gegen Judenverfolgungen

Wie bereits bekannt, waren am Vorabend des 1. Mai in München neue Exzesse gegen Juden ausgebrochen. Wie nachträglich gemeldet wird, war der Vorgang wie folgt: In der Nacht zum 1. Mai wurden aus einem Auto in die Auslagen des Geschäftes des Juden Pappenheim am Weißenburgerplatz kindskopfgroße Steine geworfen, die die Scheiben zertrümmerten.

Am anderen Tag sammelte sich vor dem Laden eine größere Menschenmenge an, die ganz offen gegen diese Exzesse Stellung nahm.

Man hörte Worte, wie »unerhörte Zustände, »Gemeinheit, »Lausbüberei« usw. So zeigte sich klar, daß die Bevölkerung keinerlei Verständnis für die Streiche der Nazis hatte. Die Polizei mußte die immer größer werdende Menge schließlich auseinandertreiben. Dem Beobachter war klar, daß die Ausschreitungen kein Ausfluß der Massenerregung, sondern eine vorbereitete Sache einiger Verbrecher war. Auch vor dem Geschäft des Juden Schwarz erschienen während des Tages Nationalsozialisten und warnten die Käufer vor dem Betreten des Geschäftes. Es war auffallend, daß sich niemand abhalten ließ. Ja, man konnte sogar beobachten, daß einige Käufer ihre eingekauften Waren demonstrativ kaum verpackt in der Hand trugen.

Die Sammlung des Charitasverbandes wurde, wie bekannt, während der Sammelaktion verboten. In Wasserburg z. B. hat man die Sammlung beenden lassen und hat dann die gefüllten Büchsen beschlagnahmt. Die Erregung über das gemeine Vorgehen der Nazis ist in den katholischen Kreisen aufs höchste gestiegen. In einzelnen kleineren Orten der Provinz kam es zwischen Nazi und Katholiken zu kleinen Streitereien. Besonders gereizt wurde die katholische Bevölkerung auch dadurch, daß man gerade am Tage vor der Sammlung in der Presse die Verhandlung der wegen Devisenschmuggels angeklagten Ordensschwester publizierte.

Neue Blutschuld

Genosse Jacobs den Mißhandlungen erlegen

Genosse Matthias Jacobs, früherer Landtagsabgeordneter in Gladbach, ist an seinem schweren Leiden verstorben. Er ist im Konzentrationslager Papenburg durch furchtbare Mißhandlungen zum Krüppel gemacht worden. Nach der Entlassung aus dem Lager konnte unser tapferer Genosse das Bett nicht mehr verlassen und war fast immer im Krankenhaus. Er war 50 Jahre alt. Wir gedenken auch dieses Genossen mit großer Trauer, da er bis zum letzten Atemzug in Treue zu unserer Sache stand. Auf dem schweren Krankenzimmer lag ihm die ungebrochene Hoffnung auf den Sozialismus die beste Erleichterung der Qualen.

Göring als Waffenhändler

Wie ein neuer Weltkrieg vorbereitet werden soll

Hitler und Mussolini, die beiden Diktatoren von Europa, finden die Lage in Europa zu ruhig. Der Abschluß der Beistandspakte zwischen Frankreich und Sowjetrußland und der Tschechoslowakei und Sowjetrußland läßt ihnen nicht mehr genügend Raum für ihre »dynamische« Außenpolitik. Hitler hat deshalb die Entdeckung gemacht, daß der französisch-sowjetrussische Beistandspakt gegen den Vertrag von Locarno verstößt, und Mussolini findet, daß die beiden Beistandspakte das europäische Gleichgewicht zerstört hätten, woraus hervorgeht, daß beide sich nur für den Frieden interessieren, wenn er nach ihren Wünschen geformt wird und ihnen eine Vormachtstellung in Europa zugesteht.

Natürlich sind beide dabei Konkurrenten. Da aber augenblicklich eine Stabilisierung der europäischen Situation »droht«, finden sich beide in der Arbeit für die Wiederherstellung der Unstabilität, und der eine markiert sogar Annäherung und neue Freundschaft an den anderen. Die Segnungen der Diktatur werden wieder einmal demonstriert.

Der deutsche Vorstoß gegen den französisch-sowjetrussischen Pakt ist ein groß angelegtes Störungsmanöver. Dieser Beistandspakt ist im Augenblick die stärkste Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens, er ist eine politische Realität ersten Ranges. Unzweifelhaft steht er allen expansionistischen Bestrebungen des Hitlersystems im Osten Europas entgegen. Frankreich von diesem Vertrag abzuziehen, England gegen ihn einzunehmen, ist deshalb das Ziel Hitlers. Er greift indirekt den Locarnopakt, diese Garantie des Friedens in Westeuropa, an. Es gehört zu Hitlers Grundsätzen, daß er selbst bestimmt, ob ein Vertrag von den Partnern gehalten worden sei oder nicht. Wenn er findet, daß Frankreich den Locarnopakt verletzt habe, fühlt er sich nach seinen Grundsätzen auch nicht mehr gebunden. Im Hintergrund steht die Militarisierung der entmilitarisierten Zone am Rhein. Die Hitlerpolitik pflegt mit brutalen Faustschlägen zu arbeiten. Wenn die Westmächte auf den erpresserischen Vorstoß gegen den Beistandspakt im Osten nicht eingehen, steht eine neue vollendete Tatsache auf der Tagesordnung, eine neue Ueberraschung, die nach allen Erfahrungen keine Ueberraschung mehr sein sollte.

Das deutsche Spiel wird durch die Stellungnahme Mussolinis gegen die Beistandspakte im Osten erleichtert. Schließlich ist auch Mussolini ein Garant des Locarnopaktes. Er verfolgt seinerseits ein politisches Erpressungsmanöver: Gebt mir den Krieg in Abessinien frei, und ich helfe euch bei der Sicherung des Friedens in Europa, wollt ihr aber nicht, dann kann ich auch anders! Die Politik der Hitlerdiktatur braucht sich nicht weiter zu demaskieren, sie ist demaskiert genug. Die Politik Mussolinis zeigt sich jetzt in sehr aufklärendem Licht. Es ist etwas Wunderbares um die Friedensliebe der Diktatoren!

Die neuen Störungsversuche gehen nicht nur im Westen vor sich. Das Projekt des Donaupaktes ist auf die lange Bank geschoben, und trotz der Ankündi-

Die Macht der Generäle

Wer befiehlt wem?

gungen von Stress ist die Lage unsicherer als je zuvor. Es war ein sonderbarer Plan, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien gleichzeitig mit einem Stabilisierungsversuch im Donaauraum aufzurufen — und die Folgen zeigen sich jetzt. Wenn es ums Aufrufen geht, ist das Hitlersystem sicher dabei. Göring ist in Ungarn und Bulgarien in einer neuen Rolle aufgetreten. Er sucht nicht nur Bundesgenossen, sondern auch Kunden. Er hat in Budapest und Sofia Offerten in Waffen abgegeben, wie versichert wird mit großzügigen Kreditversprechungen für die geschätzten Herren Abnehmer. Für Waffenlieferungen wie für Quertreibereien gegen den Frieden ist dort augenblicklich Konjunktur dank der freundlichen Nachhilfe der Mussolindiktatur. Man ist dort etwas aus dem Gesichtskreis der westeuropäischen Politik und legt sich deshalb weniger Hemmungen auf in der Beachtung des Prinzips der kollektiven Sicherheit. Es wird sogar mit aller Bestimmtheit behauptet, daß Göring vermocht habe, eine bulgarische Erklärung zu erhalten, daß Bulgarien sich der Balkan-Entente fernhalten werde, die der Sicherung des Friedens auf dem Balkan dienen soll.

Das sind die nächsten Folgen der Hitlerrede vom 21. Mai. Während die Hitlerpolitik nach Westen hin ein friedliches Gesicht zeigt, während sie zu Verhandlungen über einen Luftpakt im Westen bereit ist, triebt sie im Osten die offenste und brutaleste Machtpolitik. Wir sind davon nicht überrascht, denn die Störung des Friedens im Osten Europas ist das A und O der hitlerschen Politik. Sie leugnet die These vom unteilbaren Frieden, ihr Prinzip ist: Ruhe im Westen, aber Bewegung im Osten. Wir haben unmittelbar nach der Hitlerrede vom 21. Mai ihren wahren Sinn enthüllt. Der Gang der Entwicklung zeigt, wie richtig unser Urteil gewesen ist.

Die Diktatoren brauchen Bewegung, Unruhe, sie brauchen die Kriegsfrucht der Völker; denn würde sie endgültig gebannt, so würden die unter der Diktatur seufzenden Völker sich im eigenen Hause umsehen, und sie würden finden, daß ihre wahre Freiheit im Innern erkämpft werden muß.

Am 1. Mai ist das neue Wehrgesetz in Kraft getreten. Damit sind auch einige sehr bedeutsame Änderungen in den obersten Kommandogewalten vor sich gegangen. Der Führer und Reichskanzler ist in Zukunft »der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht«, und der Reichswehrminister ist von nun an »der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht«. Das ist eine klare Schwächung der Stellung des Staatsoberhauptes gegenüber dem Heer und eine bedeutende Stärkung und Heraushebung des Reichswehrministers General von Blomberg. Laut der formal noch in Kraft befindlichen Verfassung von Weimar (Art. 47) hat der Reichspräsident den Befehl über die gesamte Wehrmacht. Der Reichswehrminister war sein parlamentarischer Vertreter. Als Wehrminister hatte er nicht einmal militärischen Rang. Das tatsächliche Kommando lag bei dem Chef der Obersten Heeresleitung. Nun ist der Reichswehrminister, dem keine parlamentarische Kontrolle mehr entgegensteht, zugleich »Oberbefehlshaber der Wehrmacht«, und dem Staatsoberhaupt ist nur der dekorative Superlativ zugestanden. Damit ist die militärische Stellung des »Reichskriegsministers« auch weit über die seiner Kollegen im monarchischen Deutschland hinausgehoben, wo die Kriegsmilitärs der Bundesstaaten mehr verwaltungsmäßige Aufgaben hatten und die Kommandogewalt bei der Generalität und dem Generalstab und über ihnen bei der Krone lag. Herr von Blomberg ist seit der Diktatur Ludendorffs, die unter dem Namen Hindenburg ausgeübt wurde, der erste deutsche General, der den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht inne hat. Unmittelbar unter ihm gibt es noch einen »Oberbefehlshaber des Heeres«, also der Landtruppen, einen »Oberbefehlshaber der Kriegsmarine«, und neu tritt hinzu ein »Oberbefehlshaber der Luftwaffe«.

Wir haben also von jetzt an einen Obersten Befehlshaber, einen allgemeinen Oberbefehlshaber und drei spezielle Oberbefehlshaber. Etwas viel »Ober« auf einmal. Soviel ist aber klar, daß die Staatswaffe in der Hand einiger Generale liegt, unter denen sich auch Hermann Göring befindet. Der von seinen ehemals mächtigen und bewaffneten Milizen getrennte Hitler thronet einsam über allen, und alle haben ihm Treue geschworen. Sicher werden sie den Eid halten, so lange sie es für gut finden, und so lange Hitler der Repräsentant des Staates ist, den sie brauchen. Wenn die Sache aber einmal malmig werden sollte? Dann wird das Wort Gröners wieder wahr, daß in gewissen Situationen der Fahnenfeld nur eine Fiktion ist, und ein General oder ein paar Generale werden mächtiger sein als jemals in der deutschen Geschichte.

Die alten Kämpfer der Staatsbürokratie

Das Problem Staat und NSDAP bleibt ungelöst. Sicher ist nur, daß die Macht des Staatsapparates, zumal des Heeres, zunimmt und die Macht der NSDAP sich verringert. Seit einigen Wochen klingt diese Sorge, die monatelang zurückgetreten war, in den Reihen nationalsozialistischer Führer wieder an. Der Gauleiter und Staatsrat Grohé hat lang und breit über Staat und Partei philosophiert und kam zu dem Ergebnis, daß der Staat selbständig zu verwalten und die NSDAP ihn nur zu kontrollieren habe. Jeder Nationalsozialist, der sich, sei es selbst im Kampfe gegen die Juden, gegen die Staatsgewalt auflehne, müsse bestraft werden. Der Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Freisler, hielt Ende Mai in der deutschen Hochschule für Politik einen Vortrag, der in der Forderung gipfelte, daß gegen den jetzigen Staat eine

Notwehrhandlung vom nationalsozialistischen Standpunkt nicht mehr in Betracht kommen könne. Der Reichspropagandaminister Dr. Göbbels hat ausgerechnet die Seefahrtswoche in Hamburg, die doch anderen Sorgen galt, zum Anlaß genommen, um die Notwendigkeit zu erläutern, daß die Nationalsozialistische Partei weiter aufrechterhalten werden müsse als ein Grundpfeiler des nationalsozialistischen Staates, woraus doch wohl zu schließen ist, daß ihr recht einflußreiche Kreise die Daseinsberechtigung bestreiten, richtiger: schon wagen dürfen, den Tod der NSDAP zu fordern. Auf derselben Seefahrtswoche hielt es Rudolf Heß für notwendig, die Rekruten des Reichsheeres zu ermahnen: »Ich weiß, daß Ihr in jeder Uniform bleiben werdet, was Ihr wart: Soldaten Adolf Hitlers!« Auf dem Gauparteitag in Sachsen wurde aber der Reichsjustizführer, Reichsjustizminister Dr. Frank, noch deutlicher. Er forderte das Bündnis zwischen dem Verwaltungsapparat und der Partei, das doch wohl längst bestehen sollte, und fügte hinzu: »Und wem als Vertreter alter staatlich-bürokratischer Formen dieser Zustand nicht mehr tauglich erscheint, der wird demnach auch im Laufe der Zeit aus der Bürokratie zu verschwinden haben.«

»Im Laufe der Zeit.« Das klingt gar nicht sehr diktatorisch! Die alten Kämpfer der Bürokratie scheinen den alten Kämpfern Adolf Hitlers schwer zu schaffen zu machen, und es grenzt schon an Kopflosigkeit, wenn der Reichsjustizminister proklamiert: »Der autoritäre Staat hat das Volk nicht mundtot gemacht, hat es nicht entrechtet.« Das klingt fast, als ob die alten Kämpfer der Bürokratie drauf und dran sind, die alten Kämpfer mit den gesetzlichen Mitteln zu kujonieren, die Pg. Frank und seine Spießgesellen nur für die Opponenten aller Art verordnet haben.

H. W.

Deutsche Jugend

Die folgenden reichsdeutschen Pressemeldungen sind die Ausbeute eines einzigen Tages:

Mohrungen. Streit beim Malkäferfangen. In Hagenau gingen abends ein Kutscher, ein Landhelfer und zwei Jungen im Alter von 14 und 16 Jahren auf den Malkäferfang. Plötzlich begann sich der Vierzehnjährige mit dem Landhelfer zu necken. Als der Landhelfer dabei auf ihn zuging, zog der 16jährige Bruder ein Messer und brachte dem Landhelfer einen Stich in die Herzgegend bei. Dem Landhelfer mußte sofort ein Notverband angelegt werden, worauf er in das Mohrunger Krankenhaus gebracht wurde, wo er in bedenklichem Zustande darnieder liegt.

Lötzen. Die beiden Jungen des Bauern Friedrich Jecho aus Junien im Kreise Lötzen kamen auf den Gedanken, die Pistole des Vaters zu suchen, um einige Probeschüsse abzugeben. Der 13jährige Hellmut traf den 14jährigen Erich in den Unterleib. Der Junge, dem das Geschöß mehrmals den Dickdarm durchschlagen hatte, mußte sofort ins Krankenhaus nach Lötzen gebracht werden, wo er jedoch inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen ist.

Königsberg. Gestern wurde der etwa 46 Jahre alte Hofgänger Ernst Balke aus Ottienhof von einem Schüler, der mit einer kleinen Schußwaffe hantierte, durch Unvorsichtigkeit erschossen. Der Erschossene wurde mit dem Unfallwagen in die Chirurgische Klinik gebracht, um den Tod festzustellen, und dann dem Leichenschauhaus überwiesen.

Limburg. In der Nacht zum Donnerstag wurde aus bisher unbekanntem Grund ein junges Mädchen von zwei älteren Burschen die Felsen am Steinbruch auf dem Schafsberg hinuntergeworfen, wo es besinnungslos liegen blieb. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde es in das Krankenhaus eingeliefert. Die beiden Täter konnten am Donnerstag vormittag verhaftet werden.

Dessau. Das Anhaltische Schwurgericht verurteilte den 23jährigen Ewald Hebert aus Rieder am Harz zu 15 Jahren Zuchthaus. Hebert hatte im vorigen Jahr geheiratet und ein außerordentliches Kind im Alter von drei Jahren in seinen Hausstand aufgenommen. Da ihm das Kind lästig war, hatte er es fortgesetzt in geradezu fürchterlicher Weise mißhandelt und in der Absicht, es zu töten, mit großer Gewalt auf die Erde geworfen, so daß das Kind an einer völligen Zerschmetterung des Schädels starb.

Das System fürchtet Streiks

Ein lehrreiches Geheimrundsreiben

Wir erhalten das folgende strengvertrauliche Rundschreiben an die Dienststellen der Arbeitsfront: Sozialamt

Sonderrundschreiben Nr. 6/35. Berlin, W. 9, den 23. II. 1935.

An die Reichsbetriebsgemeinschaftsleiter und Gauwälder der Deutschen Arbeitsfront.

Nachstehend gebe ich Ihnen Kenntnis von einem Schreiben des Herrn Reichsarbeitsministers vom 11. II. 1935. Ich bitte, daß bei allen Veröffentlichungen und auch bei Berichten, die in die Öffentlichkeit gelangen könnten, folgendes beachtet wird:

Nach den Erklärungen der Reichsregierung soll der gegenwärtige Lohnstand einstellend unbedingt beibehalten werden.

So verfehlt es deshalb wäre, eine einzelne Lohnsenkung für irgendein Teilgebiet oder einen Einzelbetrieb in die Öffentlichkeit zu bringen, ebenso ist es nicht angebracht, einzelne Lohnerhöhungen der Öffentlichkeit mitzuteilen. Berichte über solche Vorgänge sind in gleicher Weise geeignet, Unruhe in die Wirtschaft zu bringen oder Unzufriedenheit zu schaffen. Das muß aber auf alle Fälle vermieden werden, um die Aufbauarbeit nicht unnütz zu stören oder zu erschweren.

Das Schreiben des Reichsarbeitsministers selbst sagt folgendes:

»In der Anlage sende ich Ihnen die Abschrift eines Zeitungsausschnittes über die Tätigkeit der Deutschen Arbeitsfront...«

Der Zeitungsausschnitt besagt, daß in drei Fällen eine Lohnerhöhung um 8 Prozent von der Deutschen Arbeitsfront durchgesetzt worden sei. Meine Anfrage bei dem betreffenden Treuhänder der Arbeit des betreffenden Wirtschaftsgebietes hat ergeben, daß es sich nicht um Lohnerhöhungen gehandelt hat, sondern nur darum, unter Tarif zahlende Betriebe zur Zahlung des Tariflohnes zu veranlassen. Im ganzen wurden 25 Arbeiter betroffen.

Der Zeitungsbericht, der den Reichskommissar für Preisüberwachung zu einer Rückfrage bei mir veranlaßt hat, ist also unrichtig, zum mindesten irreführend.

Es ist auch nicht zu verkennen, daß durch eine solche Berichterstat-

tung Unruhe in die Wirtschaft getragen wird. Zudem wird in weiten Kreisen der Anschein erweckt, als ob der Grundsatz der Reichsregierung, auf eine Erhaltung des gegenwärtigen Lohnstandes bedacht zu sein, außer acht gelassen würde.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Dienststellen anweisen würden, sich gerade bei der Berichterstattung über lohnpolitische Angelegenheiten die größtmögliche Zurückhaltung aufzuerlegen.

Heil Hitler! Gez. Peppler, Leiter des Sozialamts.

Die Arbeiterschaft würde unruhig werden, wenn sie erfahren würde, daß 25 Arbeiter Tariflohn erhalten haben! Dieses Rundschreiben ist ein Beweis dafür, welche höllische Furcht das System vor einer Streikbewegung hat!

»Gesinnungsterror«

So lautet die Überschrift eines deutschen Zeitungsberichtes, in dem es heißt:

»Von der politischen Polizei ist gegen nicht Hundertprozentige neuerdings ein Feldzug eröffnet worden. Schon jetzt ist, soweit man aus privaten Quellen entnehmen kann, die Tausendgrenze überschritten. Genaue Zahlen sind vorläufig unmöglich zu erfahren, denn die Eisengitter halten unheimlich dicht. Ja, amtlich wird bis auf den heutigen Tag die neue Aktion überhaupt bestritten, so offensichtlich auch ihre Auswirkungen bereits zutage liegen. Wie wenig dazu gehört, dem Zugriff zu verfallen, zeigt deutlich das Schicksal einer in Journalistenkreisen bekannten Persönlichkeit, die durch regelmäßige Lieferung von Wirtschaftsmeldungen mit einer ausländischen Zeitung in Verbindung stand. Seit zehn Tagen ist dieser Mann wie hundert andere spurlos verschwunden. Niemand weiß um sein augenblickliches Schicksal. Still und verstohlen dringen die Agenten der politischen Polizei in die Wohnung der Verdächtigen ein, und zwar meist erst nach Mitternacht. Oft in vielstündiger Arbeit wird alles bis ins letzte Behältnis nach »Dokumente« durchsucht. Der Begriff »Dokumente« hat weite Grenzen, und es ist deshalb nicht nur ein sehr kleiner Schritt bis zur Verhaftung. Aus Nichtigkeiten werden Wichtigkeiten. Gerade aber die überhitzte und nervöse

Art der Aktion beweist, wie weit sich die politische Polizei von der klaren und ruhigen Überlegung entfernt hat. Wenn allein schon die persönliche Bekanntschaft mit einem Diplomaten ausreicht, um hinter den Eisenstab interniert zu werden, dann sind das Maßnahmen, die nicht Stärke verraten, sondern kindische Aengstlichkeit. Bei so viel Nervosität ist, abgesehen von den »Hundertprozentigen«, noch kaum jemand vor der Verhaftung sicher.«

Was ist los? Wollen die Zeitungen, die solche Wahrheiten drucken — und der Artikel ging durch einen großen Teil der deutschen Presse — durchaus verboten werden? Nein. Wir haben den Text zwar wörtlich wiedergegeben, aber die Ortsbezeichnungen weggelassen. Es handelt sich um — Sowjetrußland.

Wahnsinniger Vorgesetzter

Die Arbeitsdienstführer zählen bekanntlich — genau wie die SS-, SA- und HJ-Führer — zur neuen Elite der Nation. Deshalb nimmt auch die folgende Meldung des deutschen Nachrichtenbüros in keiner Weise wunder:

In einem plötzlichen Anfall geistiger Umnachtung erschoss am Sonnabendmorgen in Bernau der Führer der dortigen Arbeitsdienstgruppe Bernatek den praktischen Arzt Dr. Möller, als dieser ihn einer Anstalt zuführen wollte. Bernatek erschoss sich darauf selbst.

Wenn übrigens schon die Arbeitsdienstführer in Raserei geraten, die durchschnittlich nicht verrückter zu sein pflegen als andere braune Chargierte, kann man sich den Nervenzustand der Gefolgenschaft, die kaum entlohnt, schlechter verköstigt und in schlechteren Quartieren untergebracht wird, ungefähr vorstellen.

Ausgeliefert!

Josef Lampersberger in Freiheit.

Genosse Josef Lampersberger ist von den Hitlerbehörden freigelassen und den tschechoslowakischen Behörden übergeben worden. Er befindet sich in Freiheit in der Tschechoslowakei. Die energische Haltung der tschechoslowakischen Regierung hat den widerrechtlich auf deutsches Gebiet verschleppten Genossen vor einem furchtbaren Geschick bewahrt.

Um so energischer muß nun die Frage gestellt werden: Was ist mit Berthold Jacob? Auch dieses Opfer eines eklatanten internationalen Rechtsbruchs muß den Henkern entrissen werden!

Deutsche Streiflichter March aus den Katakomben

In einer außendeutschen katholischen Residenzstadt dicht an den Grenzen des »Dritten Reiches« war am letzten Maiensonnabend eine katholische Prozession mit zehntausenden Teilnehmern. Auch die Gläubigen aus der benachbarten deutschen Diözese waren eingeladen, aber sie kamen nicht, sie durften nicht kommen. Nachträglich, am Himmelfahrtstage, zogen sie als eine rein deutsche katholische Prozession zu dem Gnadenbild in der Kathedrale. Der Anblick war für jeden, der wenige Tage vorher die andere Prozession gesehen hatte, erschütternd. So muß in den Kriegsjahren der Unterschied gewesen sein zwischen den wohlgenährten und an Nerven gesunden Neutralen und den von der Hungerblockade und der Sorge um die Männer an der Front zermürbten Deutschen. Es war ein Aufzug schlecht gekleideter, mangelhaft ernährter Menschen mit sorgenzerfurchten, vergrämten Gesichtern. Dabei waren es durchwegs Bauern, Kleinbürger, Angestellte und gehobene Arbeiter mit ihren Frauen und Töchtern und Söhnen. Auffallend viel katholische Jugend. Jedenfalls gab es in der Prozession kaum Erwerblose oder Notstandsarbeiter. Wie erst hätte der Eindruck sein müssen, wenn dieser March aus den Katakomben von den deutschen Elendschichten ausgeführt worden wäre. Mehr noch: Wie müßte das Bild sich gestalten, wenn die zehntausende politische Gefangene aus den Strafanstalten und aus den Konzentrationslagern mit den Malen ihrer Folterungen sich zu einem öffentlichen Zuge formieren und der Welt die Zustände in Hitlerdeutschland demonstrieren könnten!

Wer diesen Vergleich zwischen den beiden katholischen Prozessionen erlebte, der aus einem freien demokratischen Land und der aus einer faschistischen Tyrannei, wird begreifen, daß es nicht nur Devisensorgen sind, die es dem Hitlerreich geraten erscheinen lassen, die Grenzen für Auslandsreisen möglichst zu sperren. Jeder Ausflug von Hunderten oder Tausenden deutscher Staatsklaven in ein zivilisiert regiertes und wirtschaftlich einigermaßen gesundes Land muß wie eine aufreizende Anklage gegen Hitlerdeutschland wirken, auch wenn man nur Choräle singt und »Gegrüßet seist Du Maria« betet. Die ganze Schmach Hitlerdeutschlands ist von den Gesichtern zu lesen.

Unter allen Umständen bezahlen!

In Schleswig-Holstein und an der Mosel hat Hitler vor seiner Machtergreifung die Bauern am meisten gegen die Republik verhetzen lassen. Im Norden gab es Bombenattentate unter der schwarzen Bauernfahne, im Westen wurden Finanzämter gestürmt und Steuerakten verbrannt. Die notleidenden Winzer an der Mosel, deren schweren Daseinskampf schon im Jahre 1842 Karl Marx zum Anlaß seiner ersten journalistischen Arbeiten in der Rheinischen Zeitung nahm, sahen nicht mehr die markt- und handelspolitischen Ursachen ihrer Schwierigkeiten, vergaßen die Subventionen von vielen Millionen Reichsmark, die ihnen die Republik jahraus, jahrein gewährt hatte, und folgten in Scharen den neuen kleinen und großen Propheten Hitler, Ley, Simon, Grob und Konsorten. Nun haben sie die Bescherung. Ihr Glaube, daß sie die Reichswinzerkredite, die ihnen die Republik nicht nur gewährt, sondern auch in den allermeisten Fällen zinslos gestundet hat, im »Dritten Reich« nicht zurückzahlen brauchten, ist grausam zerstört worden. Rücksichtslos erfolgt jetzt die Eintreibung der Tilgungsraten und der Zinsen. Amtlich wird den nach wie vor notleidenden Winzern, deren Einkommen sich unter dem allgemeinen Kaufkraftschwund noch verringert hat, mitgeteilt, daß ihre wirtschaftliche Lage die zehnjährige Tilgung und die Wiederaufnahme des Zinsendienstes ermögliche. Allerdings haben zwei Drittel der Winzer sich bisher geweigert, der Zahlungsaufforderung nachzukommen. Die amtliche Verlautbarung hält ihnen zugute, daß »sie den umlaufenden Gerüchten einer nochmaligen Stundung geglaubt hätten«. Dieser schöne Glaube, daß die Reichsregierung ihr Wort halte, müsse nun schwinden. Unverzüglich müßten nun alle Winzer zahlen. Sonst würden sie die Machtmittel des »Dritten Reiches« kennen lernen. So sinken die Illusionen dahin!

Hannes Wink.

Das Stückchen Marxist . . .

»Auch in unseren Reihen gibt es noch Marxisten, die es noch gar nicht wissen, daß sie Marxisten sind. — Ich glaube, in jedem von uns steckt so ein Stückchen Marxist . . .«

(Ein Naziredner in einer Berliner Versammlung.)

Das Dritte Reich in Polen

Man schreibt uns aus den Posenen:

Unsere Nazis, die überaus für Totalität und Autorität schwärmen, haben es — unlogisch wie ihr »System« einmal ist — nicht fertig gebracht, ihre Theorie im eigenen Lager durchzusetzen — zur Freude der hohen Obrigkeit, die die gegenseitigen schimpfwörtlichen und tätlichen Auseinandersetzungen bisher stillschweigend toleriert hatte, bis sie es denn doch zu bunt trieben. Nicht, weil sie sich bei ihren Propagandafeldzügen in die Haare kamen, sich die Säle streitig machten und ihre Versammlungen in wilde Keilereien ausarteten, bei denen es untereinander blutige Köpfe gab — keiner wollte es nachher natürlich gewesen sein, sondern weil sie die stillschweigende Tolerierung ihres völkischen Sichaulebens auf dem Territorium der polnischen Republik maßlos übertrieben ausgenutzt haben. Es verging keine Woche, daß in dieser oder jener Ortschaft die D.V.-Nazis und gleichzeitig oder gleich hinterher die JDP-Nazis Versammlungen abhielten und sich gegenseitig die Schäfehen abspenstig machten. Nein auch bei anderen neutralen Zusammenkünften erschien die Gefolgschaft braun kostümiert als getarnte SA, HJ oder BDM, sodaß die polnische Bevölkerung von diesen braunen Kostümfesten unangenehm berührt wurde. Auch aus Nazi-Kreisen selbst wurden Bedenken laut gegen diese provokatorischen Schaustellungen mit dem Erfolg, daß diese Mannen als Angstmeier, Bonzen, Feiglinge nicht für würdig erachtet wurden der neuen Weltanschauung und völkischen Erneuerung teilhaftig zu werden. Außerdem haben beide Gruppen, ungeachtet ihrer völkischen, rassistischen Einstellung, um den anderen die Mannen abzujagen, Elemente bei sich aufgenommen, die sich vorher nicht hierzu rechneten. Um diese Anhänger zu gewinnen, war man großzügig mit Versprechungen. Arbeit, Verdienst, Darlehen usw. waren die Hauptköder, um die fremden Fische zu angeln. Man konnte ferner feststellen, daß manche, früher reindeutsche Vereine, durch wahllose Neuaufnahmen so beeinflußt wurden, daß die interne deutsche Umgangssprache ins Hintertreffen geraten war.

Über dieses Treiben auf einmal regierungstreu gewordener Braunhemden war besonders ergrimmt jener Teil der eingeborenen Bevölkerung, gegen deren Agitation »man-

nicht in gleichem Maße duldsam war. Und so kam es denn in Nordpommerellen und in Südpolen zu Zusammenstößen. Die Regierung griff sofort scharf ein und verhinderte weitere Exzesse, legte jedoch ihren Nazis nahe, ihre Propaganda erheblich zu mäßigen und sich vor allem strengstens auf die eigenen Leute zu beschränken. Ueber diese Vorgänge hat sich die reichsdeutsche Presse und das Radio nur nebensächlich ausgesprochen.

Ueberhaupt haben sich die gegenseitigen Beziehungen der Deutschen in Polen zum Reich grundlegend geändert; Am besten beweist das Danzig. Wenn früher die deutsche »Marxisten- und Judenrepublik« Danzig in gewissen Sinne subventionierte, so wird heute Danzig vom Reich aus wirtschaftlich zu Fall gebracht. Einigen tausenden Pensionären in Danzig, Langfuhr, Zoppot, Oliva wurde die Auszahlung ihrer bisherigen Renten aus Deutschland verweigert wegen Devisenschwierigkeiten, und fast sämtlich hiervon Betroffenen haben ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen müssen. Der Verlust für Danzig beträgt ca. 8 bis 10 Millionen Reichsmark jährlich. Ebenso erhalten Danziger Bürger, die Grundbesitz usw. in Deutschland haben, ihre Einkünfte bekanntlich nicht überwiesen, sondern müssen sie in Deutschland verbrauchen. Außerdem schuldet das Reich der Danziger Landwirtschaft etwa 25 Millionen Gulden für gekaufte aber nicht bezahlte Lieferungen von Lebensmitteln (Butter, Eier, Getreide, Zuckerrüben usw.) und verweigert die Ueberweisungen aus den erwähnten Gründen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei uns Polen, wo ebenfalls sich das Tausendjährige Reich von den Auslandsdeutschen finanzieren läßt, während diese Auslandsdeutschen hierdurch wirtschaftlich zu Grunde gehen und sich dafür an billiger Göbbelscher Propaganda erbauen können. Die deutschen Nazizeitungen in Polen loben natürlich im politischen Teil die »Erneuerung« als Wunder staatsmännischer Weisheit, sind aber gezwungen im wirtschaftlichen Teil diese für ihre Leser schädliche Pumpwirtschaft zuzugeben und suchen unter »Briefkasten« die armen Anfrager zu beruhigen, denen heute durch den Fortfall ihrer Renten aus Deutschland buchstäblich der Hungertod droht. So ändern sich die Zeiten! In der liberalistisch-marxistischen, parlamentarischen Periode war tatsächlich der Deutsche

im Auslande ein Sorgenkind des gesamten Volkstums und man versuchte seine Lebensmöglichkeit im Auslande zu stärken — heute, in der Nazizeit wird der Auslandsdeutsche durch politische und wirtschaftliche Bankrotteure ruiniert. Das Tollste leistet man sich dafür in der stillen, unauffälligen Propaganda, die stark an die sogenannten »Latrinengerüche« des Krieges erinnert. So entstand plötzlich der Fimmel, Eingaben an die Konsulate zu machen wegen Bewilligung des Ehrenkreuzes, weil dieses angeblich mit einer Dauerrente oder einer einmaligen Abfindung von je 1000.— RM verbunden sei. Diese Gesuche schwollen derart sündflutartig an, daß schließlich die einheimischen Nazizeitungen gezwungen waren an auffälliger Stelle Erklärungen zu bringen, daß kein polnischer Staatsangehöriger die Genehmigung zur Annahme der Auszeichnung erhalten kann.

Um die Arbeitslosigkeit zu verringern und die Nazis bei ihren Leuten unterzubringen schuf man hier eine besondere Organisation, die glänzend versagt hat. Die unterzubringende Jugend in Rock und Hosen, eingedrillt auf künftige »Führer«, Leiter, Amtswalter etc. ist mit nichten geneigt ihre stolze Persönlichkeit im Fronddienst schweißtreibender Arbeit verkümmern zu lassen. Haufenweise verlassen sie schleunigst die ihnen zugebogene, meistens landwirtschaftliche Arbeitsstätte, weil sie nicht arbeiten wollen und auch zum Arbeiten zu verwöhnt sind. Sie arbeiten lieber »am Dienste des Volkstums«, lungern in den Parteilokalgen herum, machen Schulungskurse mit und tragen stolz die braune Uniform. Es ist erwiesen, daß deutsche Unternehmer hierdurch gezwungen wurden, lieber arbeitswillige, polnische Volksgenossen einzustellen.

Ganz besonders neckisch macht sich der wütende reichsdeutsche Antisemitismus jetzt hier bemerkbar. Reinariische, reichsdeutsche Firmen schicken jüdische Reisende nach Polen, um ihre Waren abzusetzen. Und reinariische reichsdeutsche Unternehmen gründen in Polen Gesellschaften mit jüdischen Teilhabern, um auf diesem kaschierten Wege ihren alten Absatzmarkt wiederzugewinnen. Non olet — Geld stinkt nicht! Trotz dieser verschiedenen sinnfällig gewordenen Verlogenheiten des braunen Systems ist bei der Masse noch wenig von einer Verringerung der Hitler-Epidemie zu spüren.

Ein Angsturteil

Das Gefühl, »daß etwas faul sei«.

In Essen wurden zwei Redakteure der »Essener Volkszeitung« vom Sondergericht zu drei und zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Ihre Missetat: sie hatten den Lesern fälschlich die Begnadigung eines zum Tode Verurteilten gemeldet, der in Wahrheit am Tage, an dem die Notiz erschien, hingerichtet wurde. Der Justizwachtmeister, der den Irrtum durch ein unvorsichtiges Privatgespräch verursacht hatte, erhielt gleichfalls drei Monate Gefängnis.

Insgesamt 8 Monate Gefängnis für einen geringfügigen Fehler, der keineswegs in böser Absicht begangen wurde! Das heißt wirklich mit Kanonen auf Zeitungsseiten schießen. Die Bestrafung erfolgte auf Grund des Gesetzes »zur Abwehr heimtücklicher Angriffe auf Staat und Partei« vom 22. Dezember 1934. Nun vermögen zwar Normalmenschen schwer zu begreifen, inwiefern es ein »heimtücklicher Angriff« sein soll, wenn einer den Führer für gnädiger hält, als er in Wahrheit ist. Die Richter hingegen waren anderer Meinung. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, »das Gnadenrecht sei das höchste Recht des Führers«. Aus den sich grob widersprechenden Meldungen von der Begnadigung und der Hinrichtung habe im Volke das Gefühl entstehen müssen, daß etwas faul sei.

Wir sind sogar überzeugt, daß dieses Gefühl entstanden ist. Aber nicht durch die harmlose Falschmeldung, sondern durch das haarsträubende Urteil, denn wer es für nötig befindet, immer neuen Schrecken um sich zu verbreiten, muß sich unsicher fühlen, muß vor dem Haß der Unterdrückten zittern.

Faschisten unter sich

In seiner Reichstagsrede hat Adolf Hitler mit deutlicher Spitze nach Italien erklärt:

»Wir geben keine Anweisung für die Verdeutschung nichtdeutscher Namen aus, wir wünschen dies nicht.« (Stürmischer Beifall.)

Ueber die Vorgeschichte dieser öffentlichen Unterhaltung Hitlers mit seinem latei-

nischen Kollegen Mussolini weiß die Zeitschrift der nationalsozialistischen Jugend »Wille und Macht« folgende Einzelheiten zu erzählen:

»Im Kampf gegen das Deutschtum in Südtirol ist dieser Tage der zweite Teil des von Senator Tolomei zusammengestellten Verzeichnisses italienischer Namensformen erschienen. Es enthält 50.000 Uebersetzungen deutscher Familiennamen, gegen die ein erbitterter Ausrottungsfeldzug geführt wird. Unter den Vorschlägen Tolomeis befinden sich zwei Uebersetzungen des Namens Hitler, und zwar stellt der Senator zur Auswahl: Dalla Campana (bei der Hütte) oder Casolari (Hüttler).«

Die braune Jugendzeitschrift droht halb im Scherz, halb im Ernst mit Vergeltungsmaßnahmen. Man könnte z. B. den italienischen Duce künftig mit Herrn Neßler (musselina = Nesseltuch) ansprechen. Der italienische Botschafter in London Grandi könnte als Herr Groß, der Luftfahrtminister Balbo mit Herr Stammier oder Herr Winsler (balbare = stammeln, winseln, schreien!) angesprochen werden. »Und gar welche glückverheißende Aussichten eröffnen sich für die kommenden Friedensreden des Heiligen Vaters in Rom, da sein Kardinalstaatssekretär Pacelli nurmehr als Herr Friederl in Erscheinung tritt.«

Vielleicht bringt Mussolini nun in der Fortsetzung dieser Diskussion die italienischen Uebersetzungen für Göring = gering und für Göbbels = Gebell. Nur ein Wort wird bei den Begegnungen der beiden Faschistenhäuptlinge auf ihrem Kriegspfad unübersetzt bleiben können: Geist.

Die neue Entdeckung

Wer es vor dem 30. Januar 1933 nicht glauben wollte, daß die wirtschaftliche Not Deutschlands verschuldet sei nur durch die Unfähigkeit des Weimarer Systems und seiner Parteien, der mußte es sich gefallen lassen, von den Nationalsozialisten als Korruptionist und Verräter des Volkes bezeichnet zu werden.

Nun diktiert Hitler und seine Kumpane schon nahezu zweieinhalb Jahre über Deutschland. Trotz der Rüstungskonjunktur und gefälschten Statistiken machen sich in der

Wirtschaft Deutschlands noch immer ernste Schwierigkeiten geltend.

Wer ist jetzt dafür verantwortlich, da doch das »Weimarer System« und »seine Parteien« völlig ausgeschaltet sind? Auf einem Vortragsabend der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft sagte Professor Dr. Prion:

»daß der Zerstörer Krieg für alle Schwierigkeiten verantwortlich zu machen ist, die sich noch überall in der Wirtschaft zeigen. Immer hat es Jahre und Jahrzehnte gedauert, bis sich die Wirtschaften von den zerstörenden Einflüssen des Krieges erholten haben. Nach dem Weltkrieg sind die Umgestaltungen und Vernichtungen so groß, daß, wie die Beobachtung lehrt, die Wiederherstellung einer Ordnung der Weltwirtschaft fast über die menschliche Kraft hinauszugehen scheint.«

Nach zweieinhalb Jahren, in deren Verlauf sich gezeigt hat, daß die Nationalsozialisten die Wirtschaftsnot nicht beseitigen und durch ihre Politik die Verheerungen der Weltwirtschaftskrise in der deutschen Wirtschaft nur noch vermehren, dürfen die Professoren feststellen, daß der Krieg für alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich zu machen ist. Damit soll das nationalsozialistische Regime entlastet werden. Es hat diese Hilfestellung der Professoren nötig, da die Enttäuschung der Betrogenen darüber, daß die nationalsozialistischen Versprechungen von ehemals nicht erfüllt werden, immer mehr anschwillt.

Der Geist. Am Donnerstag vormittag begann in Hagen das 31. Westfälische Bundeschießen. Rittmeister d. R. Ständerführer W. Heinhardt übergab die Schießstände dem Gauportleier Nienhausen mit dem Wunsch, daß jeder Schuß den Geist der Vaterlandsliebe verkörpern möge. (»Königliche Volkszeitung« Nr. 151.)

Alles für ihn! Göring will nach Pait in Ostpreußen zur Elchjagd gehen. Zu diesem Zwecke wird das Jagdhaus in Pait aufgebaut — es reicht nicht aus für das Gefolge. Alles für Staatsgeld!

Sie und Du. Im »SA-Manne« lesen wir: »Es muß als Ungezogenheit angesprochen werden, wenn ein SA-Mann seinen obersten SA-Führer mit »Du« anspricht.« Der oberste SA-Führer sagt Du, der gemeine Mann sagt Sie — so wars schon immer beim preußischen Kommiss: Herren und Knechte.

Spekulantensturm über der Wirtschaft

Der Hintergrund der französischen Regierungskrise

Wir stehen im sechsten Jahre der Wirtschaftskrise. Ihr Verlauf ließe sich schildern als eine Art Zweikampf zwischen den sogenannten Selbstheilungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft und den Einwirkungen, die von der Staatsmacht ausgehen. Intensität und Umfang dieser politischen Eingriffe auf den Ablauf des Wirtschaftsgeschehens haben in den wichtigsten Ländern einen in der Geschichte des Kapitalismus bisher unerreichten Grad angenommen und jene Phase der politisierten Wirtschaft erzeugt, in der die vom Staat dirigierte Wirtschaft alle möglichen Formen von »planmäßigen« Regulierungen von nationalen und internationalen Produktionszweigen bis zu staatskapitalistischen Organisationsformen aufweist.

Es ist vielleicht noch zu früh und jedenfalls nicht im Rahmen eines Zeitungsartikels möglich, eine ausführlichere Analyse dieser Entwicklungstendenzen zu geben. Heute geht es uns nur darum, die Aufmerksamkeit auf einen Punkt zu lenken, auf die merkwürdige und große Rolle, die augenblicklich die Spekulation spielt.

Spekulative Bewegungen — die Vornahme künftiger Preisänderungen und der Versuch ihrer Herbeiführung oder Verstärkung — sind unvermeidbare Begleiterscheinungen des Kapitalismus, begleiten ihn von Anfang an und sind oft ein bedeutsames Mittel der Expropriation der Kleinen und der Zentralisation des kapitalistischen Reichtums gewesen. In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts mit der weltweiten Ausdehnung des Kapitalismus, mit der Organisation des Nachrichtenwesens, mit der Annäherung der Märkte durch die rapide Entwicklung des Transportsystems, mit der staatlichen Ordnung der Währungen, der Konzentration des Bankwesens und der wachsenden Bedeutung der Kartelle und Trusts tritt die Spekulation als ökonomischer Faktor in den Hintergrund, ohne aber völlig zu verschwinden. Spekulative Bewegungen machen sich vor allem geltend in jenem Stadium des Konjunkturkreislaufes, der unmittelbar der Krise vorausgeht. Sie steigern die vorhandenen Tendenzen zur Preisüberhöhung, beschleunigen das Ausmaß der Investitionen, verstärken die Aktienhaussen, vermehren die Nachfrage auf dem Geld- und Kapitalmarkt, dessen Erschöpfung sie beschleunigen, und bewirken, daß der Eintritt der Produktionskrise begleitet ist und verschärft wird durch die verschiedenartigen Erscheinungen der Geld- und Kreditkrise. Mit dem Eintritt der Krise ist zugleich das Ende dieser Spekulation gegeben.

Ganz anders diesmal, und auch dieser Umstand bezeugt, daß man es nicht mit einer der gewohnten zyklischen kapitalistischen Krisen, sondern mit einer außergewöhnlichen, einmaligen Erscheinung zu tun hat. Wie diese Krise durch eine internationale Kreditkrise von bisher unerhörtem Umfang eingeleitet worden ist, die in ihrer Verursachung nur auf die Gewaltwirkung des Krieges und die Art seiner Finanzierung zurückgeführt werden kann, so entstehen in ihrem Verlauf immer wieder Spekulationsbewegungen größten Umfangs und von weittragenden Folgen.

Gefahren der dirigierten Wirtschaft

Dies hängt unmittelbar zusammen mit der Eigenart der dirigierten Wirtschaft. So verschiedenartig im einzelnen ihre Maßnahmen sind — je nach der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlich-sozialen Probleme und die politische Gestaltung der Staatsführung in den einzelnen Ländern — so lassen sich doch im wesentlichen dreierlei Arten von Eingriffen unterscheiden: Erstens Eingriffe in die Währung, zumeist verbunden mit solchen in die Zinsgestaltung des Geld- und Kapitalmarkts. Zweitens, vom Staat bestimmte Einschränkungen der Produktion, besonders der agrarischen und Rohstoffherzeugung von wechselndem und willkürlichem Umfang. Drittens, die sogenannte Arbeitsbeschaffung durch Staatsaufträge, die zumeist durch sogenannte Kreditausweitung, das ist durch fortschreitende kurz- und langfristige Staatsverschuldung finanziert wird, bisweilen in Verbindung mit rein inflatorischen Methoden der Geldbe-

schaffung. Dies führt zu einer wesentlich binnenwirtschaftlichen, künstlichen Staatskonjunktur von schwer berechenbarer Dauer und willkürlichem, nur politisch bestimmten Umfang.

Alle diese Maßnahmen hängen allein von politischen Entscheidungen ab; der Wirtschaftsablauf vollzieht sich nicht mehr, jedenfalls nicht mehr allein nach ökonomischen Gesetzen, sondern kann durch staatliche Eingriffe jederzeit abgelindert werden. Damit werden die Wirtschaftsvorgänge unberechenbar und zu einem geeigneten Objekt der Spekulation. Dies ist um so mehr der Fall, wenn die Spekulationskreise mächtig genug sind, um die politischen Entschlüsse selbst zu beeinflussen, oder imstande, durch die von ihnen ausgelösten Spekulationsbewegungen Zwangslagen zu schaffen, in denen die von ihnen erwarteten Entscheidungen unausweichlich werden.

So gehören diese sehr unplanmäßigen Spekulationswellen zum Wesen der »Planwirtschaft«. Die Spekulation wird zur Rache des politisch vergewaltigten Kapitalismus...

Ausgangspunkt der Spekulation kann sowohl eine unerwartete politische Entscheidung sein, wie umgekehrt die Spekulation erst die politische Entscheidung herbeiführt. Beide Vorgänge beherrschen augenblicklich die Weltwirtschaft und bedrohen sie mit neuen Stürmen.

Der Schlag gegen die Nira

In den Vereinigten Staaten hat das Oberste Bundesgericht die Grundlage der Rooseveltschen Planwirtschaft, die »Nira«, das heißt die Nationale Industrie-Rekonstruktions-Akte, in ihren Hauptbestimmungen für verfassungswidrig erklärt. Die vom Staate in kurzer Zeit und mit gewaltiger Energie aufgebaute planmäßige Organisation der Produktion verliert plötzlich ihre Geltung. Die Vorschriften über die Einschränkungen der freien Konkurrenz, über Preisfestsetzungen und Produktionseinschränkungen, aber auch über Arbeitszeit und Lohnhöhe treten außer Kraft. Eine große Verwirrung ist die Folge. Werden die Produktionseinschränkungen und Preisvereinbarungen namentlich in den Grundindustrien aufrechterhalten oder muß mit einem neuen Preisfall gerechnet werden? Werden die Unternehmer jetzt zu Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen schreiten oder werden die Gewerkschaften, die bisher Roosevelts Politik wegen ihres sozialen Einschlags unterstützt und eben erst durch die Drohung mit dem Generalstreik dem widerstrebenden Kongreß die Verlängerung der Nira aufgenötigt hatten, stark genug sein, um durch Streiks die Verschlechterungen abzuwehren? Wird Roosevelt schließlich mächtig genug sein, um durch neue Gesetze seine bisherige Wirtschaftspolitik zu sichern und wird der Kongreß ihm auf seinem Weg folgen?

Die politische Entscheidung und ihre zunächst unabsehbaren Folgen haben eine stark spekulative Bewegung ausgelöst; die zunehmende Befestigung der Rohstoffmärkte und die aufsteigende Preisentwicklung in den letzten Monaten ist, zunächst wenigstens, durch spekulative Verkäufe unterbrochen.

Hält die Bewegung an, wirkt das Sinken der amerikanischen Preise auf die internationalen Märkte zurück, so weicht die langsame Erholung, die seit dem Frühjahr in den Rohstoffländern zu verzeichnen war, einer neuen Depression, einem neuen Rückgang des Welthandels, und eine Verlängerung der Krise ist die Folge.

Ist es hier eine unerwartete politische Entscheidung, die die Spekulation auslöst, so kann umgekehrt und mit noch einschneidenderen Wirkungen die Spekulation zur Veranlassung politischer Entscheidungen werden. Das wichtigste Beispiel ist die internationale Währungsspekulation, die eben jetzt die kapitalistische Welt erschüttert.

Die Pfundbresche

Die Bewegung nahm ihren Ausgangspunkt von dem Sinken der vom Golde losgelösten englischen Währung in den ersten Monaten dieses Jahres. Das Sinken war ursprünglich bedingt durch eine saisonübliche Verschlechterung der englischen

Zahlungsbilanz, die durch vermehrte Rohstoffbezüge der englischen Wirtschaft bedingt war. Die englische Regierung tat nichts, um dieser Bewegung durch verstärkte Goldabgaben entgegenzuwirken. Die Annahme schien berechtigt, daß die englischen Währungsmanipulationen »planmäßig« eine Senkung des englischen Wechselkurses, vor allem im Verhältnis zum Dollar, also einem gewissen Grad neuer Abwertung des Pfunds anstrebten, um den englischen Export zu begünstigen. Die Spekulation bemächtigte sich rasch dieser Bewegung; sie verkaufte Pfunde und drückte so den Kurs weiter; in England und in englischer Währung angelegtes ausländisches Kapital zog seine Anlagen zurück und flüchtete in Goldwährungen; die Spekulation schien sicher, nahm rasch größeren Umfang an, und fast konnte es scheinen, daß die Beherrschung der Bewegung den Händen der englischen Regierung entgleiten könnte.

Aber die zunehmende Pfundbresche schuf den Goldblockländern, in denen die Anpassung der Preise an die Krisenbedingungen sich zunächst langsamer vollzieht als in den Ländern, die ihre Währung entwerten, neue Schwierigkeiten. Der mühsam sich behauptende Export schien durch die englische Währungspolitik aufs neue bedroht. Neue Kostensenkung, das heißt neue Senkung der Preise, neue Angriffe auf die Löhne und neue Reduktion der Staatsausgaben schienen wieder näher gerückt.

Die belgische Devaluation

In den Goldblockländern, namentlich in solchen mit starken Exportinteressen, gewannen die Anhänger der Devaluation an politischem Einfluß. Die internationale Spekulation ergriff die neue, sich ihr darbietende Gelegenheit. Die Angriffe auf die Goldwährungen begannen. Sie konzentrierten sich auf das aus verschiedenen Gründen schwächste Glied des Goldblocks, auf Belgien. Sie hatte, unterstützt von dem Druck der belgischen Exportkreise und der festgefahrenen belgischen Banken, vollen Erfolg. Die Devaluation mit ihren weittragenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen wurde dem belgischen Volke von der Bande internationaler Spekulanten aufgezwungen. Hauptgewinner waren diese internationalen Spekulanten, die auf Termin hohe Beträge des belgischen Franken

verkauft hatten und bei Verfall ihre Verpflichtungen mit den neuen abgewerteten Francs decken konnte, sowie die belgischen Spekulanten und die belgischen Banken, die selbst ihre belgischen Werte zum Teil gegen Gold und Goldwährungen verkauft hatten. Hauptverantwortliche ist aber die englische Regierung, die mit ihrer Pfundmanipulation die ganze Aktion ausgelöst hat.

Der Sturm auf den französischen Franken

Seitdem hat die Spekulation ihre Tätigkeit fortgesetzt und verbreitert. Nachdem sie — bisher ohne Erfolg — die Schweizer und holländische Währung attackiert hatte, hat sie in der letzten Zeit ihre Anstrengungen auf den französischen Franken konzentriert. Die Bank von Frankreich, die über den unerhört starken Goldschatz von rund 80 Milliarden französischen Francs verfügt, ist in einer überaus starken Abwehrposition. Die Schwäche Frankreichs bildet das große Defizit des Budgets und der Eisenbahnen, das auf etwa 20 Milliarden französische Francs zu schätzen ist. Die Spekulation rechnet auf die politischen und sozialen Schwierigkeiten, die die Herstellung des Gleichgewichts hervorrufen muß, und hofft durch den Umfang ihrer Spekulationen, durch die psychologische Wirkung, die die starken Goldabzüge hervorrufen, trotz allem eine politische Entscheidung in ihrem Sinn zu erzwingen.

Ob sie dieses Ziel erreichen wird, steht dahin, und die Bildung des neuen französischen Ministeriums zeigt jedenfalls von starker Abwehrentschlossenheit. Aber wie immer dieser Kampf schließlich entschieden werden wird, schon jetzt hat die neue Währungsunsicherheit, die neue Fluktuation der Kapitalien, die aus den bedrohten Währungen flüchten, ihre Zuflucht in der amerikanischen und englischen suchen und wieder eine neue Pfundsteigerung bewirkt haben, einen neuen Rückschlag, eine neue Verschärfung und Verlängerung der internationalen Wirtschaftskrise hervorgerufen. Die Planlosigkeit immer wilderer unberechenbarer Spekulationsbewegungen ist die schärfste Kritik kapitalistischer Planwirtschaft.

Dr. Richard Kern.

Klassenkampf in einer Militärstatistik

Obwohl es sich doch schon herumgesprochen haben sollte, daß Deutschland schon längst ein Industriestaat ist, und nur als solche lebensfähig bleiben kann, ist der alte Streit: zünftlerischer Agrarstaat oder Industriestaat noch keineswegs beigelegt. Im Gegenteil, der Sieg der vereinigten rückwärtsgerichteten Nationalsozialisten und der Agrarier Ostelbiens läuft auf den Versuch hinaus, den unaufhaltsamen Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung aufzuhalten. Vielleicht ist das die tiefere Ursache für das Bündnis zwischen dem versinkenden ostelbischen Großgrundbesitz, der längst nicht mehr lebensfähig ist und ein parasitäres Dasein fristet, mit dem Nationalsozialismus, der ebenfalls eine Schicht repräsentiert, die sich durch die Entwicklung vor den Untergang gestellt sieht. Diese Gruppen, die im Zeichen der »nationalen Erhebung« siegen, rechtfertigen ihren Kampf selbstverständlich am liebsten unter Hinweis auf ihre große militärische Bedeutung. Aber wenn man ihnen an den Kragen gehen wollte, dann schrien sie, und als die Industrialisierung rapid vorwärts schritt, stellten sie die Behauptung auf, der Industriestaat sei eine Gefahr für die Wehrhaftigkeit, der Agrarstaat sei der beste Staat für die Kriegsführung. Im Weltkrieg brach diese These endgültig zusammen, theoretisch wurde sie schon vorher widerlegt — und nach dem Kriege versuchten sogar Militärs, Ostelbien anzutasten, nachdem es zu einer nicht länger tragbaren Gefahr für die Entwicklung Deutschlands geworden ist. Wenn nun folgende Meldung in der Presse des Dritten Reiches zu lesen ist, so hat das einen tiefen Sinn:

Die Militärtauglichkeit. »Der Oberstarzt im Reichswehrministerium, Dr. Jungblut, (Heeres-sanitätsinspektion) gibt über den... amtlichen Sanitätsbericht aus dem großen Kriege jetzt für die deutschen Aerzte im »Deutschen Aerzteblatt« eine Darstellung, die sich auch bei Beachtung der Tätigkeit

der deutschen Aerzte auf das Gebiet der Militärtauglichkeit des deutschen Volkes bezieht... Oberstarzt Dr. Jungblut stellt... fest, daß die Erfahrungen im Kriege zeigten, daß der Begriff der Militärtauglichkeit in Friedenszeiten zu eng gefaßt war, und daß die Militärtauglichkeit des deutschen Volkes keineswegs wie vor dem Kriege von Volksvertretern im Reichstag behauptet worden war, gegenüber früheren Jahren nachgelassen hatte. Auch die vor dem Kriege wegen der Unbrauchbarkeit von jeder weiteren Gestellung Befreiten wurden auf Grund eines neuen Gesetzes nachgeprüft und dabei noch der vierte bis fünfte Teil, nämlich 184.142, als kriegsverwendungsfähig und im ganzen über die Hälfte, nämlich 470.279, als kriegsbrauchbar gefunden.«

(Berliner Tageblatt, 13. IV. 1935.)

Hier erfährt der Industriestaat eine wirkungsvolle Verteidigung, der wilhelminische Staat eine heftige Kritik. Es wird behauptet, daß ein weitaus größerer Teil kriegsdiensttauglich war, als damals zugegeben wurde. Der Grund dafür liegt auf der Hand: die Erweiterung der Landarmee war damals nur noch unter Bedrohung der sozialen Ordnung möglich, die aus der Junkerherrschaft erwuchs. Man hätte vor allem bürgerlichen Schichten den Offiziersberuf öffnen müssen, und darin sahen die Junker eine Gefahr für den Bestand ihres Regimes, wie aus den Aussprüchen von Zeitgenossen unzweifelhaft hervorgeht. Das Reichswehrministerium betätigt sich hier also als Verteidiger der Industrialisierung, an deren weiterem Fortschreiten es ja ein Lebensinteresse hat. Die Statistik über die Militärtauglichkeit ist ein interessanter Ausdruck des Ringens zwischen der kleinbürgerlich-agrarischen »antikapitalistischen Sehnsucht« und dem weltpolitisch denkenden Teil des deutschen Bürgertums, das sein Schicksal für immer mit der Weltwirtschaft verknüpft hat.

„Nach Canossa gehen wie nicht!“

Bismarcks »Kulturkampf«-Niederlage und ihre Lehre

Es ist eine Binsenwahrheit, daß die Geschichte sich niemals wiederholt. Aber manchmal gibt es im Verlauf von Jahrhunderten Kompositionen, deren innere Verwandtschaft augenscheinlich ist, auch wenn sich die politischen, sozialen und kulturellen Phänomene grundlegend verändern haben. Dazu gehört das Kapitel: katholische Kirche und Staat. Es hat unzählige Varianten erlebt, mit Siegen und Niederlagen auf beiden Seiten, aber immer wieder brach der tiefe Gegensatz aus den beiderseitigen Ansprüchen auf den Menschen hervor. Im Jahre 1077 beugte, um nur diese Episode aus diesem wechselvollen Kampfe der Vergangenheit zu nennen, der deutsche Kaiser Heinrich IV. auf der Feste Canossa demütig die Knie vor dem mächtigen Papste Gregor VII. »Nach Canossa gehen wir nicht!« sagte Bismarck am 14. Mai 1872 im deutschen Reichstage, als der Papst Pius IX. ihm den Kardinal Fürsten Hohenlohe als deutschen Botschafter in Rom abgelehnt hatte. Es war der Auftakt des »Kulturkampfes« gegen die katholische Kirche mit ihrer religiösen und organisatorischen Spitze in Rom, der fast fünfzehn Jahre andauerte und das deutsche Volk in allen seinen Ländern und Bekenntnissen aufs tiefste erschütterte, bis er mit der völligen Niederlage der Bismarckschen Politik besiegelt wurde.

Wieder ist ein »Kulturkampf« losgebrochen. Er ist diesmal viel tiefer gegen die religiös-weltanschaulichen Grundlagen der Kirche gerichtet als vor fünfzig Jahren, weil heute die Kirche nicht nur vom politischen Machtanspruch, sondern stärker noch vom »Neuheidentum« des Dritten Reiches bedroht ist. Jüngst hat sich in einer Massenkundgebung in München ein brauner Führer der zweiten Garnitur, der Münchener Oberbürgermeister, gegen den Papst und gegen den Kardinal Faulhaber drohend mit jenem Bismarckzitat gewandt: »Nach Canossa gehen wir nicht!«, und die vieltausendköpfige Menge spendete ihm tosenden Beifall. Bei der drohenden Zuspitzung des Konflikts zwischen dem Vatikan und dem Dritten Reich, der Millionen von Gläubigen in die schwersten Gewissenskonflikte bringt, ist ein Vergleich mit den Kämpfen der siebziger und achtziger Jahre sehr lohnend. Ihnen hat der große Mediziner und weniger große Politiker Virchow, dessen Schriften übrigens heute auf dem braunen Index stehen, den ominösen Namen »Kulturkampf« gegeben.

Pius IX., der damalige, sehr streitbare Papst, hatte den schmerzlichen Verlust des selbständigen Kirchenstaates mittelbar den deutschen Heeren zu verdanken. Bei Ausbruch des Krieges von 1870 mußte Napoleon III. die französischen Truppen, die das kleine päpstliche Land beschützten, zurückziehen, worauf die Italiener Rom besetzten. Bis dahin hatte Bismarck mit der Kirche, selbst mit den Jesuiten, im besten Einvernehmen gestanden. Aber nun erschien im jungen Reichstag auf einmal eine katholische Fraktion mit 57 Mitgliedern, ein wenig farblos »Zentrum« genannt, die, von den katholischen Interessen abgesehen, das Sammelbecken der partikularistischen Opposition aller Grade gegen den neuen Reichszentralismus wurde: Bayern, katholische Polen, katholische Elsässer und protestantische Weifen. Windthorst übernahm die Führung, und es begann der große politische Zweikampf zwischen Bismarck und ihm, dessen Details sich im Gegensatz zu heute offen auf der parlamentarischen Tribüne und in der Presse abspielen konnten. Bismarck machte sofort einen »scharfen Mann« zum preußischen Kultusminister, Adalbert Falk, den Verantwortlichen der »Maigesetze« von 1873, durch die die staatliche Schulaufsicht und die Vertreibung der Jesuiten durchgeführt wurden. Besonders erbitternd wirkte der Kanzelparagraph, wonach Geistliche, die bei Ausübung ihres Berufes »Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Verteidigung oder

einer Erörterung machen« unter schweren Strafen gestellt wurden. In Bayern und in Hessen kam die Einführung der Simultanschule hinzu. Zur Revanche dafür verbot Bischof Ketteler in Mainz unter anderem die kirchliche Feier des Sedantages.

Die erste Verfolgungswelle gegen widerpenstige Priester setzte ein. Sie wurden scharenweise von den Kanzeln herunter, von denen sie Protestkundgebungen verlasen, verhaftet, unter Anklage gestellt oder ausgewiesen. Der Kölner Erzbischof Melchers wurde achtundzwanzig Wochen, der Posener Erzbischof Ledochowski zwei Jahre in Haft gehalten. Die Bischöfe von Münster, Paderborn, Limburg und der Fürstbischof von Breslau verloren ihre

zu weit gingen, aber in Wahrheit war ihm sein Werkzeug Falk keineswegs entschieden genug.

Unter den Katholiken entwickelte sich das Gefühl wirklichen Verfolgenseins und echten Martyriums, ein opferbereiter Katakombengeist, dessen Tradition unter den älteren Katholiken noch bis heute bewahrt wird. Gleichzeitig wuchs die politische Widerstandskraft des Katholizismus. Die Zahl der Zentrumsmitglieder im Reichstag stieg bei jeder Wahl und war schließlich auf hundert und mehr angewachsen, da selbst Bismarck das probate Mittel der einfachen Auflösung der Partei und der Kassierung der Mandate, heute das »totale Machtrezept« des Dritten Reiches, ebenso wenig anzuwenden

jagen könne. Wir hätten Unterdrückungsgesetze in Deutschland genug; wir bräuchten keine neuen.« (Aug. Bebel: »Aus meinem Leben.« Zweiter Bd. S. 256)

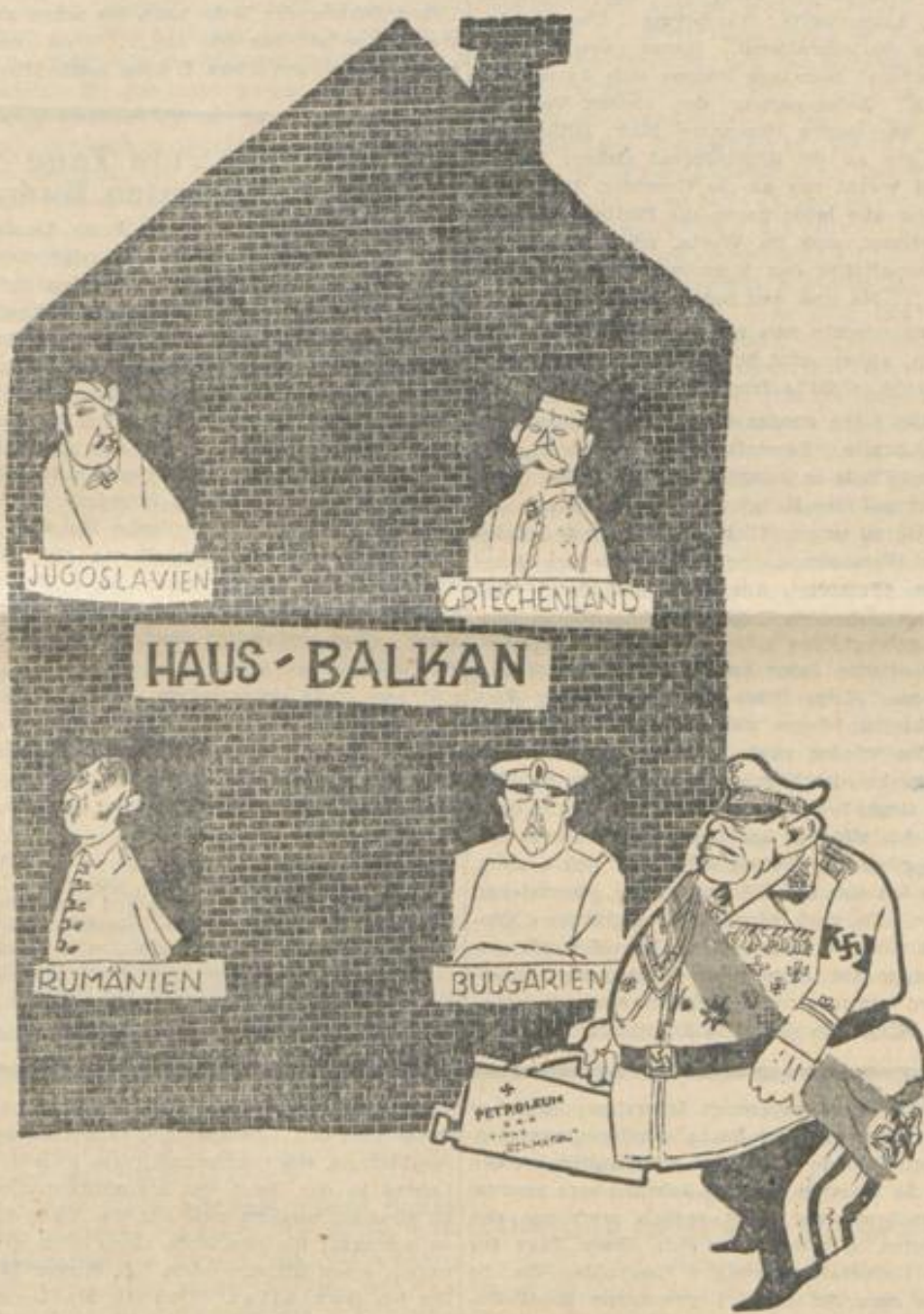
Bei einer späteren Jesuitendebatte im Reichstage sagte Wilhelm Liebknecht:

»Wir stimmen gegen dieses Jesuitengesetz im Namen der Prinzipien unserer Partei. Wir tun es nicht aus Liebe für die katholische Kirche, obwohl ich auch der katholischen Kirche gegenüber durchaus nicht die kleinlichen Antipathien teile, welche man auf sogenannt liberaler Seite legt. Ich habe im Gegenteil großen Respekt vor der katholischen Kirche. Sie hat eine ganz gewaltige Lebenskraft. Das hätten die Herren von der Linken, die die katholische Kirche mit ein paar Kulturkampfgesetzen, wie mit Kegelkugeln umzuwerfen vermeinten, nachgeleitet lernen sollen.«

Solche Anrufe verfielen indes bei Bismarck und den Liberalen nur wenig. Die Wende kam aus dem Reiche der Politik. Im Jahre 1878 starb Pius IX., und der mildere Leo XIII. trat an seine Stelle. Bismarck brauchte jetzt die parlamentarische Hilfe des Zentrums in den Jahren der Konfliktzeit mit den Liberalen. Es ging um die Schutzzölle, um das Tabaksmonopol, und er schloß seinen Pakt mit der bisher so verhaßten Partei. Die Etappen des allmählichen Abbaues aller Kampfgesetze in den Jahren von 1880 bis 1887 interessieren heute nicht mehr. Schon im Sommer 1879 war der Kampfminister Falk entlassen und durch Gosler ersetzt worden. Der völlige Friedensschluß mit dem Zentrum und gleichzeitig mit Rom war nur eine verschämte Verhüllung der völligen Niederlage Bismarcks. Sein »Canossa« drückte er in den »Gedanken und Erinnerungen« sehr zart mit dem Satze aus, daß er sich durch die Praxis überzeugt habe, die juristischen Einzelheiten seien »nicht richtig gegriffen« gewesen. Einem französischen Priester erklärte er, daß man nicht gegen das Gewissen von zwei Fünfteln der Bevölkerung regieren könne.

Man weiß nichts darüber, wie Bismarck zu dem Gedanken einer Einheits- und Nationalkirche stand, mit dem Ziel eines protestantischen oder evangelischen Kaisertums, das in gewissen liberalen und protestantischen Kreisen offen verkündet wurde. Fest steht nur, daß am Ende der Kampfzeit katholisch »Trumpf« in der deutschen Politik wurde, bei gleichzeitiger Stärkung des Einflusses der katholischen Kirche. Aber Bismarck hatte noch einen weit folgenreicheren Mißerfolg zu buchen: im katholischen Westen dauerte die politische und psychologische Ablehnung des Preußentums noch lange weiter, im Osten hatte die polnische Werbung unter den Katholiken leichteres Spiel als zuvor, und in Elsaß-Lothringen verhartete die katholische Mehrheit in geschlossener Feindseligkeit. 1878 war das längst offensichtlich, aber dennoch wagte der Unbelehrbare den neuen politischen und weltanschaulichen Kampf, der für ihn mit einer noch größeren Niederlage enden sollte: das Sozialistengesetz.

Eine brutale Despotie führt heute den Kampf gegen die Kirche mit viel gewalttätigeren und ganz anderen propagandistischen Mitteln, als sie Bismarck zur Verfügung standen, der, verglichen mit Hitler und den Seinen, fast noch ein Repräsentant freiheitlicher Gesinnung und Achtung der Volksrechte gewesen ist. Gewiß war damals die Zahl der gefangenen und vertriebenen Oberhirten und Priester größer als bisher im Dritten Reich, wobei man bedenken muß, daß die heftige Aera des Kulturkampfes fast sechs Jahre währte. Im Kampf gegen Bismarck aber führten die politischen und priesterlichen Vorkämpfer in der Presse, in den Parlamenten und von der Kanzel herab eine sehr offene Sprache. Wagte heute ein Geistlicher oder ein katholischer Politiker ein Zehntel von dem, was damals immerhin noch ungehindert passieren konnte: viele Jahre Zuchthaus oder Konzentrationslager wäre ihnen sicher, wenn sie dahin überhaupt noch gesunden Leibes



Brandstiftung gefällig?

Aemter. Diese Maßregeln standen im engsten Zusammenhang mit dem Kirchenbefehl Pius IX. vom 5. Februar 1875, worin alle deutschen Kirchengesetze für ungültig erklärt und den Geistlichen verboten wurde, ihnen zu gehorchen. Als Antwort darauf stellte der preußische Staat alle finanziellen Leistungen an die Kirche ein und hob gleichzeitig alle Orden und Kongregationen auf, mit Ausnahme derjenigen, die sich mit Krankenpflege befaßten. 1877 waren in Preußen vierzehnhundert Pfarreien verwaist.

Die Kulthandlungen wurden vielfach bei Nacht und Nebel verrichtet. Gefährdete Priester wurden von ihren Getreuen auf Schleichwegen über die Grenze gebracht. In seinen »Gedanken und Erinnerungen« spricht Bismarck von den »ehrlichen, aber ungeschickten preußischen Gendarmen, die mit Sporen und Schleppsäbel gewandten und leichtfüßigen Priestern durch Hintertüren und Schlafzimmer nachsetzten.« Bismarck tat so, als ob ihm manche »kleinliche Kreisrichterschikanen«

wagte, wie gegen die Sozialdemokratie zur Zeit des Sozialistengesetzes, obwohl bei ihm die Scheu vor gelegentlichen Verfassungsverletzungen nicht stark entwickelt war.

In den parlamentarischen Stürmen um die Kulturkampfgesetze zeichnete sich die Haltung der Sozialdemokratie durch Sicherheit und Klarheit aus. Sie beruhte auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Gewissensfreiheit in religiösen Fragen und gegenüber der Kirche. In der Reichstagssitzung vom 19. Juni 1872 führte August Bebel in einer scharfen Polemik gegen Bismarck und die Liberalen, die den Gewissenszwang in Glaubensfragen vertraten und den Kanzler unterstützten, unter anderem aus:

»Man bekämpfe den Jesuitismus mit einem Ausnahmegesetz, und die Folge werde sein, daß sein Anhang größer werde, als er je gewesen. Die Masse der Menschen sympathisiere mit den Verfolgten. Es gehe nicht an, ein Gesetz zu erlassen, wonach man einen Menschen heimatlos machen und wie ein wildes Tier von einem Orte zum andern

Deutsche Familie

Von Karl Rotha

kämen. Nur weil sie sich auf die Abmachungen des Konkordates vom Sommer 1933 berufen hatten, wurden im Westen, vor allem in der Pfalz, zahlreiche Pfarrer verhaftet und mißhandelt. Die Führer des Zentrums, zu Bismarcks Zeit Ankläger von allen Tribünen, leben heute teils als stille Emigranten im Auslande, teils als diskriminierte Leute im Zeichen von Korruptionsprozessen.

Aber diese Vergleiche treffen nicht den Kern der Dinge. Gewiß, im Hintergrunde des Bismarckschen Kulturkampfes standen bestimmte Glaubensdogmen der Kirche, vor allem die Unfehlbarkeitserklärung des Papstes. Entscheidend ging es jedoch um die Abgrenzung der Machtsphäre zwischen Kirche und Staat. Bismarck vermaß, wie sehr sich der katholische Christ mit seiner Kirche auch im Bereich des äußeren Einflusses verbunden fühlt, und daß jeder Eingriff in die Autorität des Papstes, der Bischöfe und der Pfarrer von den Gläubigen als Eingriff in ihre Gewissensfreiheit empfunden wird. Aber Bismarck wagte dennoch das Entscheidende nicht, den Angriff auf die Grundwahrheiten der sittlichen Lehren der Kirche, die Basis des katholischen religiösen Lebens im engeren Sinne. Niemals hätte er ein Sterilisierungsgesetz erlassen, das der katholischen Anschauung von der freien Gewissensentscheidung vor Gott widerspricht. Das gleiche gilt von den Rasse- und Zuchtideen, von der Anbetung von Blut und Boden, wobei man von der alltäglichen Vergewaltigung des geschändeten Menschenwesens im Namen eines »Führers«, der sich positiver Christ und Katholik dazu nennt, ganz absehen kann. Niemals hätte sich Bismarck dazu hergegeben, die offene Propaganda eines heidnischen Wotan-Kultus mit staatlicher Autorität zu beschützen.

Der deutsche Katholizismus ist heute flügellos. Die Proteste der Bischöfe kleiden ihre Opposition in den feierlichen kirchlichen Kurialstil, im Bewußtsein der gefährlichen Folgen offener Worte. Dennoch: diese überweltliche organisierte Macht, wie sie die katholische Kirche mit ihrer zweitausendjährigen geschichtlichen Tradition über Sachen und Seelen errungen hat, ist mit ihrem irrationalen Widerstand in Verbindung mit einer vorbildlich geschulten Diplomatie zuletzt der plumpen Gewalt sturer Geister und roher Hände überlegen. Was einem Bismarck nicht glückte, wird einem Hitler erst recht nicht gelingen. Die braunen Bonzenträger werden eines Tages zum Gang nach Canossa rüsten müssen und gewiß hat Leo XIII. auch gegenüber Hitler recht, als er am 24. Juni 1872 vor einer Abordnung deutscher Katholiken an die Weissagung Daniels erinnerte: »Wer weiß, ob nicht bald sich das Steinchen von der Höhe löst, das den Fuß des Kolosses zertrümmert!«

Andreas Howald.

Er war untersetzt und mittelgroß, ein kleiner Industrieller aus Mitteldeutschland. Melancholisch baumelte das Doppelkinn über dem hellgestreiften Kragen. Wir saßen im Cafégarten am gleichen Tische, jenseits der deutschen Grenze; er las dieselben Zeitungen wie wir und darum mochte er wohl Vertrauen zu uns gefaßt haben. Wir sprachen von drüben. Schlechte Zeiten, jawohl. Am besten erholte man sich über der Grenze, natürlich. Nach einigen Glas Bier taute er auf. »Ach wissense, das Schlimmste ist das nich. Das Schlimmste ist, wenn man den Qualm in der Familie hat. Meine zwei Jungens, das Theater...« Betrübt schwammen seine Blicke durchs Staket in den Garten nebenan, wo ein Hühnervolk sein Unwesen trieb. Wenn der Hahn gackerte, stürzten die Hennen wie besessen um den einen Punkt herum und es wurde offenbar viel überflüssige Aufregung vergeudet.

»Ich gehörte früher zur Volkspartei — wissense noch, was das war? Also sagen wir: nationale Mitte, nich. Aber die Jungens! Schon damals immer an der äußersten Peripherie. Oskar, der Jüngste, der hatte wenigstens gleich richtig getippt, der war bei der Hitlerjugend, Max, was der Ältere ist, bei Ludendorffs Kampfring. Und meine Frau deutschnational. Sowas von Krawall manchmal Sonntags könnse sich kaum vorstellen! Jeder nannte den andern Verräter, das war noch's Humanste. Max: Hitler verrät uns an die Kapitalisten! Oskar: Ludendorff verrät uns an die Generäle! Und dann wieder alle beide gegen die Mutter! Ich kam überhaupt nich zu Worte, ich war ja als Volksparteiler das Verwaschenste, was es gab... Na und wer hat recht behalten?«

Er wischte sich mit dem Tuch über die Stirn. »Aber jetzt hat sich doch vieles vereinfacht, nicht?« frug ich.

Um seine runden blauen Augen schwamm ein Lächeln. »Vereinfacht? In meiner Familie nich. Da is es komplizierter geworden. Jetzt gehts mit der Religion weiter, weil's mit der Politik zu ungemütlich is. Der Große gehört zum Wotansbund, der Kleine zu den deutschen Christen. Am Weihnachtsabend hat er den blasenden Engel vom Christbaum runter gelangt, das wäre ein jüdisches Symbol. Der arische Jesus habe nich Frieden blasen lassen. Meine Frau is Altchristin. Den Spektakel könnse sich denken! Der Engel mußte wieder rauf. Darauf streifte der Junge bei der Bescherung; weg war er. Und der Große? Der stand dabei und felxte, denn für den gibts ja überhaupt keinen Jesus, für den gibts nur Wotan. Sie könn sich denken, was ich um die Feiertage rum auszustehen habe. Da rast nämlich die Agitation allemal vierzehn Tage vorher los. Da soll unsereiner auf seine alten Tage neue Götterlehre lernen, sonst diskutieren einen die eigenen Kinder in Grund und Boden!«

Er nahm einen Schluck Bier und seine runden Augen tranken wohligh die friedliche Umgebung des Gartens mit den Linden und dem blühenden Flieder. »Vorige Pflingsten bin ich bald verrückt geworden. Was? sagt der Kleine, Ausgießung des heiligen Geistes feiert ihr? Jawohl, aber nich den vom neuen Testament, dort gießt der jüdische Jesus seinen Geist aus! Für uns gilt der arische Jesus und der stammt von keinem jüdischen Zimmermann ab, drum wurde er von den Juden verfolgt. Ausgießung des heiligen Kampfgelstes, lehrt der arische Christus, Kampf gegen Marxisten, Volkverräter und Erbfeinde. — Aber Junge, Marxisten gabs doch damals noch nich, sage ich und Jesus wird eben sone römische Rassenmischung gewesen sein. Da hatte ich aber wo rein getreten! Meine Frau nannte mich zynisch, für mein Jüngsten war ich ein Römling und mein Ältester saß da, als belauerte er inwendig seine Ahnen. Dann knallten die drei wieder aufeinander und der Älteste brüllte: Wie das Fest der Göttin Ostara, so habt ihr uns auch Pflingsten gestohlen, das heilige Fest zum Sommerempfang, da Thor mit seinem Donnerkeil die Wolkenkühe melkt und Odin seinem falschen Weibe entflieht! Habense Töne? Sehne, den Kohl kann ich schon auswendig, so oft hör ich das... Und dann gings weiter von Frau Huldas heilkräftigen

Kräutern und Frau Harke, die in Taubengestalt durch die Luft fliegt, um die märkischen Rüben zu befruchten... Am schlauesten is meine Tochter, sechzehn Jahr, aber vigilant. Die sagt gar nich, was sie is und was sie denkt, da braucht sie sich nich mit rum zu streiten. Aber der Große nennt sie schon eine Abtrünnige, die Freyas Nornen schon mit dunklem Krausenhaar gezeichnet haben... Na ich kann Ihnen sagen! Da hab ich mir gedacht: um die Feiertage rum bloß fort, irgend wohin, wo man den Mist nich hört un nich sieht...«

Er trank sein Bier in tiefen Zügen und griff zur Zeitung. »Un aussprechen will sich der Mensch ooch mal, nich?« Wir stimmten ihm zu. Natürlich, freilich. Plötzlich erschrak er und sah mißtraulich umher. Er hatte ein hitlerfeindliches Blatt in den Händen. »Mit sowas sin nämlich schon Leute heimlich fotografiert und dann drüben verhaftet worden. Vorsicht!«

Unsre Blicke glitten in den Garten nebenan, die Hühner scharrten Körner zutage, lagerten im warmen Sande, einige führten ihre Kücken spazieren. Enten wackelten dazwischen umher. Ein Hund lag friedlich am Hause. Mein Freund und ich sahen uns an, viel Worte waren nicht nötig. Die kleine Welt der Tiere nebenan schien uns relativ vernünftig und geordnet.

Ein Fackelzug zum Tage des verbrannten Buches

Am 10. Mai 1935 fanden in Paris, London, Prag, und anderen Städten Kundgebungen gegen die Kultur-Barbarei im Dritten Reich statt. Die Aktion der Deutschen Freiheitsbibliothek, Paris, zur Bewahrung und Förderung »der verbrannten Literatur« fand in der internationalen Presse ein starkes Echo. In New York zog ein Fackelzug durch das deutsche Viertel Yorkville. An der anschließenden Massenversammlung beteiligten sich 4000 Personen. An die deutsche Botschaft in Washington und an das deutsche Konsulat in New York wurden Resolutionen geschickt, die gegen die Einkerkelung der politischen Gefangenen in Deutschland und die Abwürgung aller kulturellen Bestrebungen protestierten.

Der innere Gehalt

In den »Münchener Neuesten Nachrichten« Nr. 62 wird die Frage aufgeworfen, ob deutsche Dichter gut daran tun, Romane zu schreiben. Die Antwort lautet:

»Mensch werde wesentlich — so klang es vor vielen Jahrhunderten, und war offenbar nötig, in dem Deutschland von damals gesagt zu werden. Der »innere Gehalt« des Menschen ist und bleibt das Germanische, gerade in der »Roman-Form«, denn in der breiten Entwicklung des Romans hat der deutsche Dichter die Möglichkeit, des inneren Gehalts zu gedenken und dessen

Wahrer und Behüter ebenso zu sein, wie seiner zu warten.«

Wenn wir uns diese Sätze recht betrachten, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß Germanen mit innerem Gehalt Heber keine Romane schreiben sollten.

Rassische Landwirtschaft

Der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem ist ein Forschungsinstitut für Kartoffelbau angegliedert. Im Handelsteil der »Kölnischen Zeitung« vom 19. Mai wird die Tätigkeit dieses Instituts unter folgenden Überschriften geschildert:

»Die Stammmole der Kartoffel«

»Das Rassenamt der deutschen Kartoffel«

Der frische Wind

Das System hat einen neuen Tobesuchtanfall, deshalb wittert die SS Morgenluft. Das »Schwarze Korps« schreibt:

»Ein frischer Wind weht im Blätterwald, und mancher dürre Ast wird mit seinem faulen Laub daran glauben müssen. Wir wünschen gleichen Wind für manchen anderen Ort, denn viele Zweige müssen noch brechen, bis Ordnung und freier Raum für den neugestaltenden Frühling ist.«

Geht das nun auf die Kirchen, auf die Wirtschaft, auf unbeliebte Reichsminister, oder auf was sonst?

Thomas Mann

Thomas Mann feiert am 6. Juni den sechzigsten Geburtstag. Sein literarisches Lebenswerk, gekrönt mit dem Nobelpreis, gehört der Weltliteratur an.

Thomas Mann, der Europäer und Demokrat, war es, der — neben Einstein — in der Nachkriegszeit die Weltgeltung deutschen Geistes führend erneuern und erweitern half. Dem Erfolg seiner Bemühung setzte der Anbruch der braunen Barbarei ein Ende.

Der Dichter lebt jetzt in der Schweiz, fern der Heimat, deren neue Herren ihm Haus und Habe raubten, ihn als »Zivilisationsbestie« beschimpften und eine seiner Schriften, die »Rede von deutscher Republik« auf den Scheiterhaufen warfen. Durch mancherlei Reserve gegen das Naziregime erreichte er es, daß seine unpolitischen Bücher in Deutschland noch erlaubt sind. Diese Haltung (die er 1933 in einem Brief an die »Wiener Arbeiterzeitung« ausführlich zu begründen versuchte) hat ihm aus dem Kreis der deutschen Sozialisten manches herbe Tadelwort eingetragen. Um Thomas Mann gerecht zu beurteilen, muß man indes bedenken, daß er — im Gegensatz zu seinem älteren Bruder Heinrich — nie eigentlich eine politische Kämpfernatur gewesen ist. Fest steht jedenfalls, daß er es nie, auch nur mit dem leisesten Wörtchen, versucht hat, sich bei den Hitler und Konsorten anzubiedern. Im Gegenteil: Als er im vergangenen Winter im Prager Rundfunk sprach, erneuerte er nachdrücklich sein altes Bekenntnis zur Demokratie und zur Meinungsfreiheit und in einem zu gleicher Zeit der zionistischen

»Selbstwehr« gegebenen Interview wandte er sich mit einer der Sache durchaus angemessenen Schärfe gegen den Antisemitismus, den er die Schande unseres Jahrhunderts nannte. Demokratischer Geist sprach auch aus den Worten, mit denen er sich dieser Tage für die Geburtstagsgehrungen bedankte, die die ihm zum Zufluchtsort gewordene Stadt Zürich ihm erwies. Nicht vergessen soll auch werden, daß im Februar 1933, zu einer Zeit also, da in Deutschland viele bürgerlich-liberale Schriftsteller sich zaghaft zurückhielten oder gar nach rechts hin Anschluß zu gewinnen suchten, Thomas Mann den Weg zu den Arbeitern suchte und fand. Damals, am 19. Februar, gelangte in Berlin in einer Veranstaltung in der Krolloper in seinem Auftrag ein Manifest zur Verlesung, das er für den Sozialistischen Kulturverband abgefaßt und »Bekenntnis zum Sozialismus« betitelt hatte. Wir wollen aus diesem Aufsatz hier einige Zeilen zitieren:

»Ich will das Bekenntnis erneuern, das ich schon vor zwei Jahren in einem schwierigen und kritischen Augenblick öffentlich und seitdem noch das eine und andere Mal abgelegt habe: das Bekenntnis zur sozialen Republik und zu der Ueberzeugung, daß der geistige Mensch bürgerlicher Herkunft heute auf die Seite des Arbeiters und der sozialen Demokratie gehört... Das Humane umschließt beide Welten, die innere und die äußere, und das Politisch-Soziale ist eins seiner Bereiche. Wir werden uns den Willen zu seiner Vermenschlichung und Vergeistigung, seiner Durchdringung mit Form und Vernunft, mit Freiheit und Gerechtigkeit nicht verleiden lassen... Sozialismus ist nichts anderes, als

der pflichtmäßige Entschluß, den Kopf nicht mehr vor den dringendsten Anforderungen der Materie, des gesellschaftlichen kollektiven Lebens in den Sand der himmlischen Dinge zu stecken, sondern sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen Sinn geben wollen, einen Menschensinn. In diesem Sinne bin ich Sozialist. Und ich bin Demokrat in dem einfachen und allgemeinen Sinn, daß ich an die Unvergänglichkeit von Ideen glaube, die mir mit der Idee des Menschen selbst, mit jedem Gefühl für die Tatsache Mensch, unverbrüchlich verbunden scheinen — der Idee der Freiheit zum Beispiel, die man heute für überwunden erklären und historisch zum alten Eisen werfen möchte... Das Rasen der nationalistischen Leidenschaften ist nichts weiter als ein spätes und letztes Aufflackern eines schon niedergebrannten Feuers, ein sterbendes Wiederaufflammen, das sich selbst als neue Lebensglut mißversteht. Und alle Tatsachen des Lebens und der Entwicklung, die wirtschaftlichen, technischen und geistigen, zeugen dafür, daß die Zukunft auf dem Wege liegt, den einzuschlagen die Völker längst gewillt sind, dem Wege in die soziale Welt der Einbeit, der Freiheit und des Friedens.«

Gebrauchsdrama

Hoffnung auf Gnade...

Eine Rede, die Göbbels am 1. Juni auf einer Kulturtagung in Weimar hielt, fiel allen Kritikern dadurch auf, daß der Oberste der braunen Kunstfeldwebel nichts von positiven Leistungen neudeutschen Kunstschaffens zu sagen wußte. Im Gegenteil, selbst er mußte gestehen:

»Man kann mir hier entgegenhalten, daß wir leider noch nicht die Bühnendichter haben, die die visionäre Kraft besitzen, den seelischen Gehalt unserer Zeit in dramatische Formen zu gießen. Es ist richtig, aber das kann man der nationalsozialistischen Regierung nicht zum Vorwurf machen. Sie kann Reichsautobahnen bauen; sie kann die Wirtschaft ankurbeln, sie kann eine Armee aufstellen. Aber sie kann keine Dichter fabrizieren.«

Sie ist aber der Ueberzeugung, daß, wie bisher in der Geschichte großer politischen Blütezeiten, auch große geistige und kulturelle Blütezeiten folgen werden, so daß wir also hoffen dürfen auf die großen dichterischen Talente, die die Kraft besitzen, den großen Schwung und den seelischen Rhythmus unserer Zeit in dichterische Formen umzugießen.«

Das alles ist zwar echt Göbbelscher Unsinn, aber mit solchen Redensarten helfen sich alle, die im Dritten Reich über die »neue Kunst« orakeln müssen. Eine Rundfrage des Königsberger Naziblattes zu diesem Thema ergab dieselben immergleichen Wechsel auf die Zukunft. Da schreibt der ehemalige Asphaltliterat Hans Kyser:

»Zwar hat das Theater nie eine solche Fülle heroischer und nach Meinung ihrer Verfasser »zeitgemäßer« Dramen angeboten bekommen wie in den letzten beiden Jahren, die Intendanten wissen ein Lied davon zu singen. Aber sie hinkten den Ereignissen hinterher, anstatt den Weg zu weisen, waren zudem blutarm und leer, es fehlte der heiße Atem, der nun wirklich die Massen ergriff und mitriß. Es ist ein Irrtum, zu glauben, in der Verherrlichung der nationalen Idee schon das nationale Drama geschaffen zu haben.«

Das große Geschehen, das unsere Herzen erbeben ließe, wäre schon da — es gibt viele, die es gestalten wollen. Aber aus

Die Religion des schlechten Gewissens

Wotan der Hängegott — Heraufbeschwörung der Urbarbarei — Menschenblut bringt Glück

Das Neuheldentum breitet sich in Deutschland aus, die Wotansgläubigen gewinnen Anhänger, vor allem auch in den Kreisen einer Jugend, die einzig zum Blutvergießen erzogen, einzig für den menschenmordenden Kampf gedrillt, naturgemäß für eine Religion empfänglich sein muß, deren oberster Gott — der Kriegsgott ist. Wie Erwachsene sich gern ihrer Kindheitsspiele erinnern, sie wohl auch gelegentlich wieder hervorsuchen, so beschwören auch erwachsene Völker mit Freude die Bräuche ihrer Kindheit herauf, und die Sonnwendfeuer sind eigentlich in Deutschland nie ganz erloschen. Aber die neuen Wotansbeschwörer geben sich mit Erinnerungsfeiern solcher Art nicht zufrieden, sie wollen mehr, viel mehr.

Sie wollen die christliche Epoche ungeschehen machen, sie wollen nicht über das Christentum hinaus, sondern hinter das Christentum zurück. Haben die »alten Stammväter« sich Götter nach ihrem Bilde geschaffen, so soll jetzt nach dem Bilde dieser Götter eine neue Generation geformt werden. Und da lohnt es schon, den Oberasen Wotan — Odin, der als verehrungswürdiger Himmelsvater empfohlen wird, mitsamt seinem Gefolge einmal unter die Lupe zu nehmen.

Wie sahen die Götter, die Aesen der altgermanischen Stämme aus? Sie waren Abbilder der Menschen von damals — und sie waren Wunschbilder. Die Vervollkommnungswünsche jener heidnischen Völker zielten freilich weniger auf Güter der Seele und des Geistes, als auf solche der Muskeln und Flüste. Nicht darauf kam es an, ob die höheren Wesen gütigen Herzens, voll Erbarmen und Liebe waren, aber darauf, daß bei Wotans Nahen die Welt erzitterte, Häuser einstürzten, darauf, daß die Angebeteten mit überlegener Körperkraft ausgerüstet und im Zweikampf möglichst unbesiegbar waren.

Bei überragender Stärke des Gegners — und hier dürfte an die Stelle des Wunschbildes das Abbild der Gläubigen treten — wurde auch Hinterlist nicht verschmäht. Wortbrüche halfen nach, wenn der Speer nicht zureichte, und mehr als ein Gott hat sich, obgleich er die bösesten Absichten begte, gleichsam legal geschworen. Keineswegs wurden solche Kniffe nur gegen Riesen und Zwerge, keineswegs wurden sie nur gegen die Erbfeinde des Asengeschlechtes ins Treffen geführt, vielmehr überlistete und betrog ein Gott den anderen, eine Göttin die andere mit größter Selbstverständlichkeit. Odin (Wotan) und Thor, die beiden Hauptgötter, waren einander durchaus nicht gewogen. Loki sann ständig auf arge Streiche und brachte seine Mitgötter in schlechte Situationen, aus denen sie sich oft nur durch Mord oder Eidbruch befreien konnten. Odin und seine Gemahlin Frigg taten einander bei

jeder Gelegenheit allerlei Unbill an. Freyja baßte den Loki ärger als irgendein anderes Wesen. Njord und Skadi lebten in unglücklicher Ehe... und so reichte sich eine Götterfeindschaft an die andere, ein Verrat an den anderen. Schuldlos war nur ein einziger Ase — Balder, der lichte Gott. Und weil er ohne Fehl war, mußte er durch eine Art Fememord sterben, Gott Loki legte dem blinden Hödur den tödlichen Mistelfel auf den Bogen und lenkte seine Hand beim Abschluß. Nach Balders Tod, so berichten die Sagen, war der Geist des Guten erloschen, die Götter führten ein noch verderbteres Leben als zuvor, die Robheit triumphierte. Schon bei Balders feierlicher Verbrennung wird ein Beweis dafür geliefert: Gott Thor stößt einen Zwerg, der ihm just vor die Füße kommt, in die Flammen des Scheiterhaufens, so daß er mit verbrennt.

Die Aufzählung aller göttlichen Schandtaten würde viele Zeitungsseiten füllen. Nur einige seien berichtet, um ein etwaiges Bild jener Ethik zu geben, die von den Wotansgläubigen des Dritten Reiches wieder an die Stelle der christlichen gesetzt werden soll. Einst gelästete es Freyja nach einem kunstvollen Schmuck, den vier Zwerge geschmiedet hatten. Sie gewährte jedem der Vier eine Nacht und erwarb so die begehrte Zierde. Odin, der höchste Gott, befahl dem Loki, ihm das Halsband zu verschaffen. In einem Floh verandelt, schlüpfte der ins Schlafgemach der Göttin, veranlaßte sie durch einen Stich umzuwenden und stahl den Schmuck. Freyja forderte ihn von Odin zurück, erhielt ihn aber nur gegen das Versprechen, zwei gleich mächtige Könige in einem unaufhörlichen Kampf gegeneinander zu hetzen. Das geschah.

Dem Wesen der Götter entsprach die Grausamkeit der kultischen Bräuche, Menschenopfer wurden dem Wotan, dem Donar (Thor), dem Tiuz, dem Nerthus, dem Frey, dem Fosite, dem Thorgerd Hölgabrud dargebracht. Besiegte Heere wurden oft völlig vernichtet, die unterlegenen Gegner abgeschlachtet, die Kleidung zerrissen, die Brunnen zerhauen, die Pferdgeschirre zerbrochen, die Pferde selbst ins Wasser versenkt. So geschah es auch nach dem Sieg im Teutoburger Walde. Menschenopfer wurden von vielerlei Art erfüllt. Die verbreitetste Art des Odinsopfers war das Erhängen und Spießen zugleich. Man schlachtete, enthauptete, zerbrach den Gefangenen die Rippen und riß die Lungen heraus, öffnete die Leiber und weisagte aus den Zuklungen des Herzens. Auf dem Thorstein in Island wurde der Rücken des Opfers zerbrochen. Das Opferblut wurde in Kesseln gesammelt und mit dem Opferwedel in die Menge gesprengt, auch bestrichen sich die

Zuschauer mit dem Blute, denn alles, was von Hingerichteten stammte, »brachte Glück«. Bei einer Haus- oder Schiffsweihe ging es nicht ohne blutige Opfer ab. Kinder wurden in Grundsteine eingemauert, und als das Wikingerschiff vom Stapel lief, wurden an die Rollen totgeweihte Menschen gebunden, damit ihr Blut den Kiel bespritzte und die Götter dem Schiffe ihre Gunst zuwendeten.

Oftmals waren die Opfer als Ersatzopfer gedacht. Man tötete andere dem Gotte zu Ehren, um selbst ein längeres Leben zu erlangen. König Auns z. B. opferte neun Söhne um langes Leben. Aber es wird auch berichtet, daß in Zeiten der Hungersnot und der Seuchen der König selbst getötet wurde, um die Götter zu vermöhnen. — Bei den Julopfern wurden in gewissen Gegenden 99 Menschen und Pferde samt Hunden und Hühnern geopfert oder auch 99 männliche Wesen von jeder lebendigen Art, namentlich Menschen und Hunde.

Wotan, der Gott, der mit Sturmgeheul daherbrauste, Wotan, der Gott, der Kriege stiftete und dem Frieden wehrte, Wotan, der Gott, der sich durch seine Raben die Leichen der für ihn Gehakten aus den Bäumen holen ließ, hatte vielerlei Zunamen: Hängegott, so hieß er, Galgenherr oder Galgenherrscher, Rabengott, Verrätergott, der Truggewandte, der Verlarvte, der Gestaltentaucher, der Geräuschemehrer, Lärmer, Schädiger und Schwertbeweger.

Und dieser Galgen Gott soll also nun im Triumph aufstehen. Man mag uns vorwerfen, wir hätten einseitig Arges von den Göttern berichtet, das Gute aber verschwiegen, hätten verschwiegen, daß die Aesen auch Saaten segneten, Menschen in der Not beistanden, Unrecht sühnten und Recht belohnten. Das ist richtig. Aber die oben gezeichneten Züge sind eben aus dem Antlitz der germanischen Götterwelt keineswegs wegzudenken, sie gehören dazu wie die Makellosigkeit zu den Göttern der späteren monotheistischen Religionen. Die Blutrünstigkeit verleugnen — wie es manche nationalsozialistische Heidenpriester gelegentlich versuchen — sich nur auf die Symbolik berufen und die barbarische Grausamkeit der heidnischen Lehre abstreiten, heißt einen Fisch des Fleisches entkleiden und die Gräten schwimmen lehren. Uns kam es in diesem Falle darauf an, die besondere Eigenart der altnordischen Götter herauszuarbeiten. Die guten Züge haben sie alle mit den Göttern neuzeitlicher Glaubenslehren, vor allem mit dem Gott des Christentums gemeinsam. Die bösen, rohen und finsternen Züge sind es gerade, die sie von jenem unterscheiden.

Wenn Hauers Neuheiden den germanischen

Mythos immer wieder in idiosyncratischer Weise verfälschen, so beweisen sie nur, daß es ihnen mit der Vielgötterei nicht recht ernst ist. Es ist ihnen auch garnicht ernst — nicht einer von ihnen dürfte daran glauben, es gebe ein Walhall und menschenähnliche Wesen die darin hausen und mit Hui-Hobo in Wolken daherfahren, um Blitze zu schleudern. Nein, daran glauben sie selbst nicht — es ist ihnen nur um das »Ethos« zu tun. Und hier kommen wir auf den Kernpunkt der ganzen neuheldnischen Schule. Was im Götterhimmel und in den heiligen Hainen geschah, das geschieht ja in etwas veränderter Form tagtäglich im Dritten Reiche. Verträge werden verraten, Eide gebrochen, besiegte Gegner werden ermordet, gehängt, geköpft, nur um dem neuen Gotte: Macht zu huldigen, ein brauner Gott gönnt dem anderen die Luft nicht, heimtückisch stellt man einander Fallen, hetzt man einander ins Unglück, die Nächstenliebe gilt nichts, und vor allem eins: die höchste Sehnsucht der Gewalttäter ist der Krieg — wie der oberste Gott der alten Germanen der Kriegsgott war, der Kriegsgott Wotan, der dazwischenfuhr, sobald »fauler Frieden« im Lande herrschte, der Völker verfeindete und Fürsten gegeneinander hetzte, dessen Symbol der Speer und dessen höchste Lust vergossenes Menschenblut war.

Wo gäbe es eine bessere Rechtfertigung für die Gewaltanbetung der Hitlergläubigen als im heidnischen Ethos? Den Alten war ja jedes Mittel recht, das zum Kriege und zum Siege führte, keine Gewissenblase beschwerten sie, wenn der Weg zum Ziele über Verrat und Meineid, über Mord und über Leichen führte. Warum sollte sich dieser selbige Zustand unschuldsvoller Barbarei nicht wieder herstellen lassen?

Man könnte den neuen Wotanskult die Religion des schlechten Gewissens nennen. Daher auch die halberfüllte Propaganda gegen das Christentum, daher die Beschimpfung und Bespölung einer Lehre, die den Neuheiden noch viel zu tief im Blut sitzt, als daß sie von heute auf morgen mit ihr fertig würden. Noch zweifeln sie, ob es gut ist, zu morden, noch schlägt ihnen das Gewissen, wenn sie den Bruder verraten und wortbrüchig werden. Vielleicht, so hoffen sie, wird die heranwachsende Generation von solcher »Schwäche« frei sein, vielleicht läßt sich die Zeit doch zurückdrehen, vielleicht läßt sich das Ethos der Nächstenliebe, das durch Jahrtausende Wurzel geschlagen hat, doch noch aus den Herzen reißen.

Sie wollen nicht über das Christentum hinaus gelangen, etwa zu einer Lehre, die Belohnung und Bestrafung durch ein höheres Wesen ausschließt und von ihren Anhängern Güte um der Güte willen, Ehrfurcht vor allem Leben und Nächstenliebe um der Menschheit willen fordert — sie wollen hinter das Christentum zurück, wollen die Entwicklung von Jahrtausenden ungeschehen machen, um die Urbarbarei heraufzubeschwören.

Wollen allein genügt nicht, denn alles dichterische Schaffen ist Gnade.

Und dann kommt die Hoffnung auf diese Gnade in baldiger Zukunft, jedoch diese Gnade senkt sich eben nur auf jene herab, die gewillt sind, der Wahrheit zu dienen. Und das ist unter faschistischer Knute undenkbar. Oder kann uns jemand ein großes dichterisches Werk nennen, das unter diesem Despotismus entstand? In Italien wäre dazu längst Zeit gewesen. Selbst die Musik ist dort steril geworden, und das stärkste literarische Buch Italiens seit zehn Jahren ist Silones Roman Fontamara — gewachsen in der Emigration. Daß Kunst nur im Kampfe für die Freiheit oder unter freier Sonne gedeihen kann, das hat wie andere Gleichgeschaltete auch Hans Kyser einst gewußt — damals, als er noch häufig und gern die Honorare der »liberalen verjudeten Asphaltpresse« einsteckte.

Und so wartet man drüben auf die »Gnade« und wartet, obwohl die »herrliche Bewegung« nun doch immerhin ein reichliches Jahrzehnt auf dem Buckel hat. Inzwischen aber feiert die Plucht in die Vergangenheit noch immer rasselnde Orgien. Die »Literatur« klagt, daß ein Stuttgarter Theater neuerdings seine Pforten eröffnete mit einem Römerdrama, einst bekanntlich das gefürchtete Gefild dichterischer Oberlehrer.

»Anlaß zu dieser Betrachtung ist die auffallende Tatsache, daß das deutsche Schrifttum zur Zeit von einer förmlichen Römerwelle überflutet wird. Nachdem sie in der Novellistik namhafte Werke ans Ufer gespült hat, ist sie nun auch ins Drama eingebrochen. Albrecht Haushofer, einen bisher in den weitesten Kreisen unbekanntem Schriftsteller,

reizte es, das tragische Schicksal des jüngeren Scipio zu gestalten... Man hat also wieder den Mut zu so etwas und findet auch ein Publikum.

Andere wieder schänden lyrische Romantiker und brauen heroischen Kitsch aus ihnen. Gleichgeschaltete Blätter berichten betroffen von einer solchen Aufordnung Eichendorffs. Sein Schauspiel von den »Letzten Helden von Marienburg« hat ein gewisser Hermann Falk zum klirrenden Ritterstück mit hakenkreuzlicher Agitation umgekrempelt. Entsetzt berichtet eine literarische Revue:

»Falk schält aus der verschlungenen Handlung der Tragödie des von der Gefolgschaft unverstandenen und verhängnisvoll preisgegebenen Führers heraus und beseitigt, mit den Liebesmotiven, sämtliche Frauen, auch die reizvolle, am ehesten romantische Polin Rominta. Bei Eichendorff ist ein gewaltiger Aufriß des Zeitalters mindestens angedeutet. Sein Bearbeiter begnügt sich mit einem derben Männerstück... Entstanden ist ein höchst eindeutiges Trauerspiel aus der Geschichte der deutschen Zwierracht, der schon im 15. Jahrhundert auch auf der Ostwacht ein deutscher Ritter mitten ins Herz zu stoßen trachtete... Eichendorff als Dichter eines — noch so tüchtigen — Gebrauchsdramas: das ergibt eine einigermaßen schmerzliche Begegnung.

Gebrauchsdrama — das ist die mildeste Firmierung des hitlerdeutschen Theaterkitschs. Und so muß denn die Presse des Dritten Reichs betrübt berichten, daß der Schillerpreis 1935 wieder nicht verteilt werden kann, weil nur — wie es in einer offiziellen Notiz heißt — »ein im nationalsozialistischen Geist schaffender Dichter größten Formats in Frage kommen kann...« und

alle hitlerdeutschen Bühnenwerke entweder Harmlosigkeiten oder Nietens und Pleiten sind und bleiben werden. B. Br.

Göbbels bellt den Mond an

Die »Berliner Festwochen« pflegten früher alljährlich ein künstlerisches Ereignis hohen Ranges zu bedeuten. Jetzt sind sie, wie das gesamte offizielle Kunstleben des Dritten Reiches, zum Tummelplatz von allerhand Dilettantismus geworden. Man fragt nicht mehr nach gültiger Leistung, sondern nach dem allein seligmachenden Parteibuch.

Unter den jungen Komponisten, die diesmal Gehör fanden, befand sich auch ein — bisher unbekannter — Herr G. Lichius. Sein Werk — eine Tondichtung für Bariton und Orchester — konnte nicht gut abgelehnt werden, denn der pfliffige Mann hat Text und Titel zu seinem opus den Werken des großen Dichters Josef Göbbels entnommen. Der Titel lautet:

»Zwiesprache zur Nacht jenseits der Menschen.«

Hach, wie poetisch! Daß der derzeitige Verwalter deutscher »Kultur und Propaganda« mit seiner Muttersprache auf dem Kriegsfuß steht, ist nichts Neues. Wenn man Nazi-Minister ist, kann man sich halt leisten, eine Zwiesprache nicht mit der Nacht, sondern zur Nacht zu halten. Oder wollte Josef andeuten, daß die Nacht ihn keiner Antwort gewürdigt hat? Sei dem wie immer, tröstlich bleibt, daß diese lyrische Göbbels-Rede nicht den auf Befehl überfüllten Sportpalast zum Schauplatz hatte, sondern »jenseits der Menschen« stattfand.

Blauäugig und — mahagonihaarig

Wir lesen im Düsseldorf »Mittag« unter der Überschrift: »Mahagoni — die neue Haarfarbe:

Die Düsseldorf Friseur-Innung veranstaltete am Himmelfahrtstag in den Räumen der Städtischen Tonhalle eine Moden- und Leistungsschau in Frisuren, die sich eines regen Interesses erfreute.

Eine Ueberraschung war für viele die Feststellung: Platinblond ist vorbei! Die neue Modifarbe ist Mahagoni und das ins Rötliche spielende Haselblond, das einen warmen, schimmernden Ton besitzt. Wo zur Gesellschaftsfrisur die eigene Lockenpracht nicht ausreicht, schaffen Ersatzstücke, die beliebten Chignons, die den Anschnitt völlig verdecken, das ersehnte moderne Aussehen. Schmuck, gefärbte Flechten, Reifen und Federn erheben sich wieder zu einer viel beachteten »Haupt-Sache!

Der Rasseprofessor Günther wird Augen machen! Als die Neugermaninnen nach dem Umsturz der Konjunktur gehorchten und reichlich Wasserstoff verspritzten; sah er die ganze Welt himmelblau und ganz Deutschland platinblond. Jetzt rollt die Mode über seine schöne Theorie hinweg, wer seine Großmütter beisammen hat, pfeift auf die vor-schriftsmäßige Haarfarbe, und nächstens werden wir die erste Abhandlung lesen: »Mahagoni — ein Merkmal der arischen Rasse.«

Symptome. In Hamburg wurde eine Ehe »aus dem Verschulden des Gatten« geschieden, weil der »Frau nicht zugemutet werden konnte, eheliche Pflichten einem Manne gegenüber zu erfüllen, der unverkennbare Symptome staatsfeindlicher Gesinnung aufzeigte.«

Schein-Kollektivismus

Auf dem Weg zum „gerechten Lohn“

Nach seiner letzten Botschaft wird der Ley zum 1. Mai 1936 die Ergebnisse seiner Studienkommission über den „gerechten Lohn“ vorlegen. Lohnabbau und Akkordlohnshinderei gehen inzwischen munter weiter. Aber einer der braunen Lohn-Sachverständigen hat jetzt die Diskussion über „Tarifordnung und Richtlinien“ im Mitteilungsblatt der Reichsbetriebsgemeinschaft Stein und Erde eröffnet. Die „marxistisch-liberalistische Tarifvertragsordnung“ wird noch einmal verflucht, und der Herr Gewerbegerichtsassessor Teitge sieht sich befragen, die früheren Gewerkschaftssekretäre als „berufsfremde Personen“ zu bezeichnen. Nach seiner verlogenen Darstellung ist die Tarifgemeinschaft, in der die Arbeiter ein gleichberechtigter Vertragskontrahent mit zwingenden Rechten waren, den großkapitalistischen Kartellverbänden, in denen die Scharfmacher einseitig diktieren, gleichzusetzen. Er nennt zur Irreführung der Arbeiter die Tarifverträge von früher Lohnkartelle. So steht am Anfang des Studiums des gerechten Lohnes die soziale Lüge der Nazis.

Der nicht berufsfremde Sachverständige gibt aber bei aller Abneigung gegen den Marxismus der Leyschen Studienkommission einige Typen, wie der neue wissenschaftliche Schwindel mit der alten, den Arbeitern geläufigen Terminologie der früheren Gewerkschaften getarnt werden kann. Es soll die kollektive Regelung der Arbeitsbedingungen in gänzlich andere Bahnen gelenkt werden. Während Ley in seinem Aufruf für die „große gemeinsame Wissenschaftsarbeit um den gerechten Lohn“ ausdrücklich vom Leistungslohn, d. h. von der individuellen Lohnbemessung, gesprochen hat, möchte Herr Teitge den Arbeitern in seiner Erklärung über die Tarifordnung und die Richtlinien zur Betriebsordnung einen neudeutschen Kollektivismus vortäuschen.

Dieser merkwürdige Kollektivismus beginnt damit, daß bei der Regelung der Arbeitsbedingungen der Tarifordnung oder der Richtlinien für den Inhalt der Betriebsordnungen nicht mehr berufsfremde Gewerkschaftssekretäre, sondern die Treuhänder der Firma Schacht & Ley als „neugeschaffene Garanten der deutschen Arbeit“ auftreten.

Der Erlaß einer Tarifordnung setzt nicht das Vorliegen eines Antrages, der in der Praxis zumeist von der zuständigen Reichsbetriebsgemeinschaft gestellt wird, voraus...

Es obliegt vielmehr in jedem Fall ausschließlich der Prüfung des Treuhänders, festzustellen, ob zum Schutz der Beschäftigten eine Tarifordnung „zwingend geboten ist“. In seinem Ermessen liegt auch die Normierung des Geltungsbereichs der Regelung. Wird sein Bezirk überschritten, so hat der Arbeitsminister einen Sondertreuhänder zu bestellen.

Für die Voraussetzungen zur Tarifordnung sind die Zahl der Betriebe und der Gefolgschaftsmitglieder nicht maßgebend. Angeblich muß die Tarifordnung den Schutz der Beschäftigten bezwecken, „wobei etwaige Nebenwirkungen der Tarifordnung, wie die Beseitigung ungünstiger Konkurrenzverhältnisse, außer acht gelassen werden.“ Einige Zeilen tiefer aber heißt es über diese „Nebenwirkungen“:

„Dabei ist auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des erfaßten Gewerbebezuges zu berücksichtigen, sowie endlich auch ein Vergleich mit verwandten Wirtschaftszweigen anzustellen.“

Erst nach der Prüfung dieser Konkurrenzverhältnisse kann die „zwingende Notwendigkeit einer tariflichen Regelung“ bejaht werden. Auch der Sachverständigenausschuß und der betreffende „Stand“ haben mitzubestimmen, nur die Arbeiter sind von der Gestaltung der „kollektiven Regelung“ befreit.

Die Durchführung der Tarifordnung ist wiederum ausschließlich dem Treuhänder überantwortet, die Betriebsvertretung der Gefolgschaft kann als „berufsfremdes Element“ unschwer entbehrt werden. Aber auch die Selbstherrlichkeit des Treuhänders hat ihre Grenzen, wenn die Unternehmer gegen die Tarifordnung verstoßen. Er kann nur einen Strafantrag stellen, wenn die Zuwiderhandlung wiederholt und vorsätzlich begangen worden ist. Eines seiner Zwangsmittel ist auch das sog. Ehrengerichtsverfahren, das es zuläßt, den Teufel bei Belzebub zu verklagen. Im übrigen finden all diese Verfahren auf Grund des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit statt, das keine zwingenden Arbeiterrechte enthält, und der Einseitiger der neuen Studienkommission

erklärt ausdrücklich, daß es bei der neuen Regelung darauf ankommt, die „Lockerung des Tarifwesens“ zu erreichen.

„Dem Willen des Gesetzgebers, das bestehende Tarifgebäude aufzulockern und zu einer elastischen Regelung der Arbeitsbedingungen zu gelangen, folgend, muß versucht werden, die Tarifordnung in den Hintergrund zu drängen.“ Die Ehrengerichtshöfe werden demnach für die von den Unternehmern selbst vorgenommene Auflockerung der Tarifordnung Verständnis aufzubringen wissen. Von Zuwiderhandlungen gegenüber dem Gesetzgeber kann kaum die Rede sein, wenn man statt der starren Gesetzesbefolgung dem Willen der nationalsozialistischen Führung gerecht zu werden versucht.

In der Praxis verschwinden somit nicht nur die alten Tarifverträge, sondern auch die sog. Tarifordnung soll zugunsten der Richtlinien zur Betriebsordnung

alsbald in den Hintergrund gedrängt werden. Hier ist die Basis der nationalsozialistischen Neuordnung des gerechten Lohnes verborgen, diese betriebliche Richtlinie ist, wie Teitge begeistert erläutert,

„ein völlig neuartiges, dem bisherigen in- und ausländischen Recht fremdes Rechtsinstitut.“

Er verweist auf das Gesetz, welches bereits zu erkennen gibt,

„daß es der Richtlinie wegen ihrer Rechtswirkung vor der immerhin starren und leicht zum Schematismus führenden Tarifordnung den Vorzug geben will.“

Der Erlaß solcher Richtlinien des Treuhänders für die Betriebsordnungen muß zwar auch zwingend geboten erscheinen, aber entscheidend ist:

„Den Richtlinien kommt keine verbindliche Rechtswirkung zu.“

Sie sind lediglich als eine Willensäußerung des Treuhänders zu bewerten. Sie erlangen überhaupt nur eine Rechtswirkung, wenn sie ausdrücklich zum Inhalt des Einzelarbeitsvertrages gemacht werden.

„Mithin gewähren sie dem Beschäftigten auch keinen klagbaren Anspruch.“

Der Verfasser von Tarifordnung und Richtlinie betont weiter, daß der Treuhänder der Arbeit die Durchführung der Richtlinie nicht erzwingen kann,

„wenn ein Führer des Betriebes bei der Regelung der Arbeitsbedingungen seiner Gefolgschaftsmitglieder willkürlich von ihnen abweicht. Insbesondere ist die Einleitung des Ehrengerichtsverfahrens nicht möglich.“

„Auch bei dem Erlaß der Betriebsordnung ist der Führer eines Betriebes an die Richtlinien nicht gebunden.“

Es läßt sich nicht bestreiten, daß nach dieser amtlichen Erläuterung die kollektive Regelung der Arbeitsverhältnisse in gänzlich neue Bahnen gelenkt werden soll. Es bleibt vom Kollektivismus nur die Richtlinie für den Inhalt der Betriebsordnungen, das ist die Richtlinie zur völligen Auflösung jeder tarifgebundenen Lohnregelung. Es bleibt vom Kollektivismus die nationalsozialistische Methode kollektiver Ausbeutung der Arbeit.

Blubo in der Praxis

Die Darré-Politik treibt die Kleinbauern vom „Erb“-Hof

Der Nationalsozialismus rühmt sich laut seiner Leistungen für die „Erhaltung des deutschen Bauerntums“. Bereits auf dem ersten Bauerntag im Herbst 1933 erklärte Reichsbauernführer Darré auf dem Bückeberg, daß er die deutsche Landwirtschaft zu einem „sozialistischen Sektor“ gemacht habe, worunter er die Erbhofgesetzgebung und die Herausnahme des Hauptteils der agrarischen Erzeugung aus der allgemeinen Marktwirtschaft versteht. Die „Neu-Adelung“ des Bauernbesitzes zum „Erbhof“ sollte ihn vor dem aus der Wirtschaftskrise drohenden Zusammenbruch schützen und die Einführung gesetzlicher Minimalpreise, die natürlich den Arbeiterhaushalt am schwersten traf, wurde damit begründet, daß dadurch den Bauern ausreichende Erträge garantiert würden. Und vor allem versprach man, daß mit der Bevorzugung der Großagrarien, die sich das „System“ zu schulden kommen ließ, aufgeräumt werde.

Für die Folgen dieser Taten der nationalsozialistischen Apostel von „Blut und Boden“ und der „Erwecker des Bauernthums“ im ersten Jahr des landwirtschaftlichen „Sozialismus“ legt nun eine kleine Statistik beredtes Zeugnis ab. Im oben erschienenen ersten Mal-Heft von „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht das Statistische Reichsamt, also ganz gewiß keine Greuelzentrale, eine Uebersicht über die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke, die nichts anderes besagt, als daß die Vertreibungen der Bauern von Hof und Besitz gerade in letzter Zeit erheblich zunehmen und daß diese Folgen der nationalsozialistischen Agrarpolitik nicht etwa die ostelbischen Junker, sondern vor allem die kleinen und mittleren Bauern treffen.

Die amtliche Statistik stellt fest, daß im vierten Vierteljahr 1934 insgesamt 1126 Zwangsversteigerungen eingeleitet wurden gegen 905 in der gleichen Zeit des Vorjahres, als die „Sozialisierung“ der deutschen Landwirtschaft erst begonnen hatte. Also, trotz oder gerade wegen der Erbhofgesetzgebung stiegen die Verfahren um 24,4 Prozent. Schaltet man die Grundstücke mit einer Fläche von unter 2 ha aus, die doch keine „Erbhöfe“ sind, dann betrug die Zunahme der eingeleiteten Zwangsverfahren sogar genau 55 Prozent! Noch bedeutsamer ist die Umrechnung auf die davon betroffene Betriebsgröße. Während noch im Vorjahr auf ein dem eingeleiteten Zwangsverfahren unterworfenen Grundstück im Durchschnitt rund 23 ha kamen, so in der Berichtsperiode weniger als 16,5 ha. Das heißt, daß weit mehr als früher wesentlich kleinere

Bauernhöfe betroffen wurden. Das Gleiche geht auch aus der regionalen Aufteilung, die das Statistische Reichsamt vornimmt, hervor. So hatte sich zum Beispiel in Rheinland-Westfalen und in Niedersachsen, also in Gebieten mit vorwiegend kleinen Höfen, die von den eingeleiteten Versteigerungsverfahren betroffene Gesamtfläche verdreifacht, bzw. verdoppelt, während sie gar in Mecklenburg um nicht weniger als 89,2 Prozent und in Ostpreußen — also in den ausgesprochenen Junkergebieten — um genau 69 Prozent abnahm!

Noch interessanter ist die Uebersicht über die durchgeführten Zwangsversteigerungen, die im vierten Vierteljahr 1934 von 263 auf 504, also um genau 91,6 Prozent gestiegen sind. Im Durchschnitt entfiel auf eine Zwangsversteigerung eine Fläche von 15,2 ha gegen rund 26 ha im vierten Vierteljahr 1933. Hier ist der Kontrast zuungunsten der kleineren Höfe noch schlimmer geworden als bei den eingeleiteten Verfahren, was den Beweis dafür liefert, daß die Großgrundbesitzer nach Einleitung des Verfahrens die Durchführung der Versteigerung eher abwenden können.

Das Statistische Reichsamt, das sich wirklich in jeder seiner Veröffentlichungen eifrig bemüht, die großen Errungenschaften des Regimes für alle Volksteile statistisch zu „belegen“, kann nicht umhin, das Ergebnis dieser Untersuchung wörtlich wie folgt zu kommentieren:

„Von den Zwangsversteigerungen sind somit die Zwerg-, Klein- und mittelbäuerlichen Betriebe am stärksten betroffen worden; bei den Groß- und Riesenerbetrieben dagegen ist die Anzahl unverändert geblieben, während die Fläche nur unbedeutend zugenommen hat.“

Dabei ist noch dieser Kommentar eine verlegene Beschönigung der ausschließlich den ostelbischen Junkern dienenden „Sozialisierung“ der deutschen Landwirtschaft. Denn aus den vom Reichsamt nach Wirtschaftsgebieten aufgeführten Zahlen geht hervor, daß zum Beispiel die Anzahl der durchgeführten Zwangsversteigerungen im Oberrheinland um 350 Prozent und in Rheinland-Westfalen um 300 Prozent gestiegen, während sie in Ostpreußen um 34 Prozent gesunken ist.

Diese Auswirkungen der nationalsozialistischen Herrschaft sind ganz erklärlich: Darré hat zwar Festpreise eingeführt, aber der kleine Viehzüchter muß dem großagrarischen Getreideproduzenten kolossal erhöhte Futtermittelpreise zahlen, während die starke Verelendung des städtischen Arbeiters den Absatz tierischer Produkte sehr vermindert. Zudem muß noch der Bauer für die so gepriesene Herausnahme der Agrarwirtschaft

aus dem privaten Markt dem „Reichsnährstand“ riesige Beiträge entrichten, denn der Aufwand des Darréschen Apparats verschlingt schätzungsweise 250 Millionen Mark. Und auch hier ist es für den „Kampf gegen den Großgrundbesitz“ bezeichnend, daß die niedrigsten Beiträge vom groß-agrarischen Getreidebetrieb erhoben werden.

Die hier wiedergegebene amtliche Statistik der Zwangsversteigerungen gilt für die Auswirkungen der nationalsozialistischen Agrarpolitik in ihren Anfängen. Man kann sich denken, was die nächste Zeit auf diesem Gebiet bringen wird. Vermutlich wird der „Reichsbauernführer“ dem Statistischen Reichsamt für die nächste Veröffentlichung solcher Zahlen „genauere“ Anweisungen geben.

Immerhin genügt das diesmal veröffentlichte amtliche Material, um deutlich zu sehen, daß der Nationalsozialismus, der ausgezogen war im Kampf um die „Wiedergeburt des deutschen Bauerntums“ und mit dieser Parole die agrarischen Bezirke Deutschlands schon sehr früh eroberte, den größten Bauernfang, zu dem nicht einmal die deutschen nationalsozialistischen interessierten Landwirtschaftsminister fähig waren, betreibt. M. B.

Die ewige Seligkeit

In einer Traueranzeige der „Preußischen Zeitung“ heißt es:

Am 31. Mai 1935 ist der Verwaltungsobertruppführer Arno Behr Inhaber des F. K. II und des Ehrenkreuzes für Frontkämpfer zur großen Armeegedanken. Nachrichtensturnbann I/Br. R 1 Abwicklungsstelle.

Wenn im Himmel kein Krieg geführt wird, macht den braunen Landsknechten das ganze Sterben keinen Spaß.

Dürfen sie — ?

Der Nationalsozialismus ist Deutschland. Und wenn der Nationalsozialismus stirbt, stirbt Deutschland mit. Daraus ist zu ersehen, daß wir gar nicht sterben dürften, selbst wenn wir wollen. Man kann das ruhig Verantwortungsgefühl nennen.

(Aus einem norddeutschen Naziblatt.)

Das Versehen

Dr. Walter Jellinek, Staats- und Verwaltungsrechtslehrer von internationalem Ruf, ist seines Lehrstuhles wegen „nichtarischer Abstammung“ enthoben worden.

Die Verspätung dieser Enthebung, so wird darüber berichtet, „ist auf ein bedauerliches Versehen zuständiger Stellen zurückzuführen.“

Das Presse-Elend

Die ehemals wertvolle Heimatpresse ist bis zur Unerträglichkeit uniformiert worden! (Aus der „Deutschen Presse“, Organ des Reichsverbandes der deutschen Presse.)

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: Graphiae; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guid. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 4.40 (48.00), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.